

WINFRIED BECKER

Zwischen Kontinuität und Neuorientierung.  
Zur Frühgeschichte der CDU in Westfalen-Lippe,  
besonders in Ostwestfalen  
(Regierungsbezirk Minden/Detmold)  
1945-1950\*

*Einführende Bemerkungen*

Mein Thema wirft auf zweifache Weise das Problem von Kontinuität und Neubeginn auf. Einmal wurde das Bundesland Nordrhein-Westfalen, das den Rahmen für die ersten parteipolitischen Entwicklungen abgab, am 23. August 1946 durch Verordnung Nr. 46 der britischen Militärregierung neu geschaffen. Zum andern ist die in ihren Anfängen zu schildernde Partei, der Landesverband der CDP bzw. CDU Westfalen-Lippe, am 2. September 1945 als eigenständige Gründung in Bochum ins Leben gerufen worden. Damit waren auf staatlicher Ebene wie in parteipolitischer Hinsicht Umbrüche vollzogen, Neuanfänge gesetzt. Der demokratische Neubeginn kann zu Recht als ambivalent erscheinen, weil die Abhängigkeit von der Besatzungsmacht in vielen Bereichen unübersehbar war und bewußt Umerziehung als Voraussetzung jeder eigenständigen politischen Betätigung bezweckte. Andererseits wird gern auf Kontinuitäts- oder gar Restaurationsphänomene zumal in industrialisierten Regionen verwiesen, so wenn das Weiterbestehen eines bestimmten Wirtschafts-, Industrie- und Kapitalpotentials festgestellt oder das Ausbleiben eines grundlegenden Bewußtseinswandels nach 1945 bedauert wird.<sup>1</sup>

\* Ergänzte Fassung eines am 11. Oktober 1988 auf Einladung des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens und des CDU-Kreisverbands Paderborn gehaltenen Vortrags.

1 Vgl. die unterschiedlichen Problem-Perzeptionen bei Rudolf *Morsey*, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, München 1987, 9-15; Heinz *Hürten*, Der Beitrag Christlicher Demokraten zum geistigen und politischen Wiederaufbau und zur europäischen Integration nach 1945. Bundesrepublik Deutschland, in: Winfried *Becker*, Rudolf *Morsey* (Hrsg.), Christliche Demokratie in Europa. Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert, Köln, Wien 1988, 213-223; Jürgen *Weber*, Auf dem Wege zur Republik 1945-1947 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland I). Mit Beiträgen von Gebhard *Diemer*, Ansgar *Diller*, Walter *Roller*, Jürgen *Weber*, Karl-Heinz *Willenberg*, München <sup>2</sup>1981; Wolfgang *Benz*, Die Entstehung der Bundesrepublik, in: ders. (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Politik, Frankfurt a.M. 1983, 15-35; Franz *Meyers*, gez. Dr. Meyers. Summe eines Lebens, Düsseldorf 1982, 37ff.; zur Wirtschaft: Knut *Borchardt*, Wachstum und Wechsellagen 1914-1970, in: Hermann *Aubin*, Wolfgang *Zorn* (Hrsg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976, 720-724 (Lit.); Gerold *Ambrosius*, Das Wirtschaftssystem, in: W. *Benz* (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland, 238-297; vgl. auch Manfred *Pohl*, Wiederaufbau, Kunst und Technik der Finanzierung, Frankfurt a. M. 1973, 9ff.; ders., Zerschlagung und Wiederaufbau der deutschen Großbanken, 1945-1957, in: Deutsche Bank. Beiträge zu Wirtschafts- und Währungsfragen und zur Bankgeschichte 13 (1974),

Um einen begrenzten Beitrag zu dieser Fragestellung zu leisten, sollte zunächst die Ausgangssituation auf Landes- und Parteebene bedacht werden. Das Land Nordrhein-Westfalen, aus der Zusammenlegung der beiden preußischen Westprovinzen (ohne die Regierungsbezirke Koblenz und Trier) entstanden, verdient letztlich nicht ganz die Charakterisierung als „unhistorisch“ und traditionslos, „Land aus dem Schmelztiegel“ oder „aus der Retorte“. <sup>2</sup> Im Vergleich zu historisch gewachsenen Ländern wie dem Freistaat Bayern war es zwar eine Neuschöpfung, erklärbar nur aus den zeitgeschichtlichen Umständen der „Großen Politik“ der Siegermächte nach 1918 und 1945, und versehen mit einer starken Beharrungskraft seiner Regionen. <sup>3</sup> „Rheinisch-westfälische Doppelterritorien“ <sup>4</sup> bestanden seit dem Spätmittelalter in der Verbindung des „Herzogtums“ Westfalen mit dem Erzstift Köln und der Grafschaft Kleve mit der Grafschaft Mark im südlichen Westfalen. Andererseits traten seit dem Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit trotz der Gemeinsamkeiten der den „Raum Westfalen“ bewohnenden Menschen einschneidende Entwicklungsunterschiede zwischen Nord- und West-Westfalen und den südöstlichen Teilen dieses Raumes hervor. Eine reichere Städtelandschaft, größere Güter und Grundherrschaften und damit verbunden das Vordringen adliger Patrimonialgerichte bescherten dem Südosten Westfalens einen Entwicklungsvorsprung gegenüber dem altertümlicher strukturierten Nordwesten, der erst im 19. Jahrhundert eine Umkehrung erfuhr. <sup>5</sup> Ebenfalls im 19. Jahrhundert schuf das neu entstehende Industriegebiet an der Ruhr eine Klammer besonderer Art zwischen Rheinland und Westfalen. Zwar überwog die katholische Konfes-

21-32; Werner *Abelsbauser*, *Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone*, Stuttgart 1975.

2 Wolfram *Köhler*, *Das Land aus dem Schmelztiegel. Die Entstehungsgeschichte Nordrhein-Westfalens*, Düsseldorf 1961, 158ff.; Karl *Tepp*, *Zwischen Besatzungsregiment und politischer Neuordnung (1945-1949). Verwaltung – Politik – Verfassung*, in: Wilhelm *Kobl*, *Westfälische Geschichte*, Bd. 2, Das 19. und das 20. Jahrhundert. Politik und Kultur, Düsseldorf 1983, 317ff.; Peter *Hüttenberger*, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973, 8ff.: „Gemeinschaftsgefühl“ innerhalb der Provinzen, „historische Bindekräfte“ zwischen ihnen; Walter *Först*, *Geschichte Nordrhein-Westfalens*, Bd. 1, 1945-1949, Köln, Berlin 1970, 77ff., 155ff.; ders., *Kleine Geschichte Nordrhein-Westfalens*, Düsseldorf 1986, 5.

3 Hansgeorg *Molitor*, *Land und Staat. Der geschichtliche Raum Nordrhein-Westfalen*, in: Peter *Hüttenberger* (Hrsg.), *Vierzig Jahre. Historische Entwicklungen und Perspektiven des Landes Nordrhein-Westfalen*, Düsseldorf 1986, 13-30, 28: „Nordrhein-Westfalen lebt in seinen geschichtlich geprägten Teilen“; Hans-Joachim *Behr*, *Rheinland, Westfalen und Preußen in ihrem gegenseitigen Verhältnis 1815-1945*, in: *Westfälische Zeitschrift* 133 (1983), S. 37-56; ders., *Die Provinz Westfalen und das Land Lippe 1813-1933*, in: *Kobl*, *Westfälische Geschichte*, II, 50f.; Gisela *Schwarze*, *Westfalen. Landschaft, Geschichte, Wirtschaft, Kunst*, Nürnberg 1968, 20.

4 Walter *Janssen*, 1288-1521, in: *Köln Westfalen 1180-1980. Landesgeschichte zwischen Rhein und Weser* (Ausstellungskatalog), Bd. 1, Beiträge, Münster <sup>1</sup>1980, <sup>2</sup>1981, 61f.

5 Albert K. *Hömberg*, *Südostwestfalen in der westfälischen Siedlungs-, Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte*, in: ders., *Zwischen Rhein und Weser. Aufsätze und Vorträge zur Geschichte Westfalens*, Münster 1967 (<sup>1</sup>1955), 62-79; zur Industrialisierung im Raum Minden-Ravensberg: Hermann *Vark*, *Wirtschaftsstruktur und Siedlung in Ostwestfalen (Minden-Ravensberg)*, Jena 1938, 30ff.

sion – in Nordrhein-Westfalen kamen 1946 noch 6,59 Millionen Katholiken auf 4,55 Millionen Evangelische – in den beiden Provinzen und begünstigte ein Gefühl der Gemeinsamkeit gegenüber dem protestantisch dominierten Staat Preußen. Doch ähnelten sich beide Provinzen auch darin, daß neben geschlossen katholischen Gebieten, die früher zu geistlichen Fürstentümern gehört hatten, gemischtkonfessionelle Räume standen. Der Protestantismus lutherischen oder reformierten Glaubens hatte frühzeitig in den ostwestfälischen Städten Minden, Herford, Bielefeld, Vlotho und Höxter Fuß gefaßt. In Ost- und Südwestfalen waren das Fürstbistum Minden und die Grafschaften Mark und Ravensberg nach dem Anfall an Kurbrandenburg 1647/48 auf Dauer protestantisch geblieben, während sich die katholischen Gebiete des Hochstifts Paderborn und der Reichsabtei Corvey (mit Höxter) zwischen sie geschoben hatten. Der Schwerpunkt katholischer Herrschaft verblieb mit dem ausgedehnten Hochstift Münster im Norden und Westen.<sup>6</sup>

Nachdem ein Widerstandskreis um Josef Wirmer, Fritz-Dietlof von der Schulenburg und Albrecht Haushofer für den künftig neu zu gestaltenden deutschen Staat ein Land Niederrhein-Westfalen vorgesehen hatten,<sup>7</sup> ist 1945/46 eine nicht sehr zahlreiche, aber hochqualifizierte Gruppe von Verwaltungsfachleuten bei den Engländern und bei der deutschen Bevölkerung durch Eingaben, Presseartikel und praktische Maßnahmen für die Bildung eines Landes Nordrhein-Westfalen eingetreten.<sup>8</sup> Ein Kreis um Hermann Wandersleb, Stellvertreter des den Plan ebenfalls befürwortenden damaligen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Robert Lehr, überreichte den Engländern sogar eine Karte über den Niederrheinisch-Westfälischen Reichskreis von 1512. Geschah dies unter anderm deswegen,

6 Helmut *Richtering*, Zeitalter der Glaubenskämpfe, in: Erich *Wisplinghoff*, Helmut *Dahm* u.a., Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, Würzburg <sup>2</sup>1973, 96ff.; Georg Wilhelm *Sante* (Hrsg.), Geschichte der deutschen Länder. „Territorien-Ploetz“, Bd. 2, Die deutschen Länder vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart, Würzburg 1971, 284, 293; Johann F.G. *Goeters*, Das Eindringen der Reformation, in: Köln Westfalen 1180-1980, 358ff.; Alois *Schröer*, Die Reformation in Westfalen. Der Glaubenskampf einer Landschaft, Bd. 1-2, Münster 1979, 1983.

7 Werner *Münchheimer*, Die Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der deutschen Opposition gegen Hitler zum 20. Juli 1944, in: Europa-Archiv 5, 2 (1950), 3188-3193; *Köhler*, Land aus dem Schmelztiegel, 157f. Sicherlich spielte für die weiteren Pläne auch die „systematische Landschaftsforschung“ eine Rolle. Sie widmete sich der „Ergründung von geistigen und materiellen Erscheinungen in ihrer geographischen Verbreitung und ihrem räumlichen Zusammenklänge“. Hermann *Aubin*, Ottmar *Bühler*, Bruno *Kuske*, Aloys *Schulte* (Hrsg.), Der Raum Westfalen, Bd. 1, Grundlagen und Zusammenhänge, Berlin 1931, 1-4.

8 Entscheidung der Engländer: Rolf *Steininger*, Großbritannien und die Gründung Nordrhein-Westfalens, in: Kurt *Düwell*, Wolfgang *Köllmann* (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3, Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1984, 214-231; für die deutsche Seite: *Hüttenberger*, 210ff.; *Köhler*, Land aus dem Schmelztiegel, 118-133; Hermann *Pünder*, Von Preußen nach Europa. Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, 294-302; *Först*, Kleine Geschichte, 31f.; *Tepp*e, Besatzungsregiment, 319-324; Wolfgang *Köllmann*, Bevölkerungsentwicklung im Industriezeitalter. 2. Teil, in: Walter *Först* (Hrsg.), Entscheidungen im Westen, Köln, Berlin 1979, 11-41, 25.

um Aspirationen Hannovers auf Westfalen abzuwehren, so hatte der Oberbürgermeister von Köln, Hermann Pünder, 1932-33 Regierungspräsident von Münster, andere Motive: Ihm galt es, den sog. Bidault-Plan,<sup>9</sup> der die Herauslösung des Ruhrgebiets und dessen Unterstellung unter alliierte Hoheit vorsah, und die ebenfalls von der französischen Politik befürwortete Abtrennung des linken Rheinufer dadurch abzuwehren, daß ein einziger Verwaltungskörper für die links- und rechtsrheinischen Lande bis hin zur Weser geschaffen wurde. Pünder wandelte damit seine aus der Staatsidee des früheren Zentrums übernommene föderalistische Grundeinstellung zeitgemäß ab und sah darüber hinaus in der Zusammenarbeit der europäischen Staaten nach einer schlimmen Zeit nationalistischer Kriege die staatliche Gestaltung der Zukunft. Solche Ansichten teilte er mit seinem Amtsvorgänger in Köln, Konrad Adenauer. Dem die Engländer beeinflussenden Kreis der Befürworter des neuen Landes gehörten auch der Oberstadtdirektor von Münster, Karl Zuhorn, der Münsteraner Professor für Kirchengeschichte, Georg Schreiber, und der Wirtschaftshistoriker Bruno Kuske an. Entsprechend seiner Zusammensetzung wurde dieser Kreis von der CDU unterstützt, während Rudolf Amelunxen vom Zentrum, Hermann Höpker-Aschoff von der FDP und besonders die SPD unter Kurt Schumacher der Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen eher ablehnend gegenüberstanden.

Die territoriale und konfessionelle Aufgliederung Westfalens hatte im 19. Jahrhundert starken Einfluß auf die Ausbildung politischer Anschauungen und parteipolitischer Präferenzen und entsprechender regionaler Hochburgen der Parteien. Die „bedeutendste politische Kraft“ blieb in der Provinz Westfalen bis 1932 die Zentrumspartei.<sup>10</sup> Erst 1933 wurde sie von der NSDAP überrundet. In Westfalen waren wichtige Grundsteine für das Entstehen des Zentrums gelegt worden. Hier hatten die Soester Konferenzen von 1864 bis 1866 stattgefunden, war 1870 das Soester Programm verabschiedet worden.<sup>11</sup> Die Stärke der Partei

9 John *Gillingham*, Die Europäisierung des Ruhrgebietes: Von Hitler bis zum Schuman-Plan, in: *Dürwell, Köllmann*, III, 179-189; *Hüttenberger*, 198f.; *Köhler*, Geschichte Nordrhein-Westfalens, I, 136-139, 84f.; vgl. Donald C. *Watt*, Hauptprobleme der britischen Deutschlandpolitik 1945-1949, in: Claus *Scharf*, Hans-Jürgen *Schröder* (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die Britische Zone 1945-1949, Wiesbaden 1979, 15-28; vgl. Gustav *Engel*, Politische Geschichte Westfalens, Köln, Berlin 1980, 277f.

10 *Behr*, Die Provinz Westfalen, 148-153; Karl *Rohe*, Die Vorgeschichte. Das Parteiensystem in den preußischen Westprovinzen und in Lippe-Detmold 1871-1933, in: Ulrich von *Alemann* (Hrsg.); Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Mit Beiträgen von Karl *Rohe*, Peter *Hüttenberger* u. a., Köln, Stuttgart, Berlin, Mainz 1985, 25f., 32, nicht überzeugend 36, daß „von dem drastischen Rückgang des Zentrums aus sich die Veränderungen des Parteiensystems insgesamt zur Zeit der Weimarer Republik am besten erfassen lassen.“ Vgl. die Tabellen der Reichstagswahlen bei *Rohe*, 44ff., Bernd *Hey*, Die nationalsozialistische Zeit, in: *Kohl*, Westfälische Geschichte, II, 215f., und *Schwarze*, Westfalen 85; Johannes *Schauff*, Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Untersuchungen aus dem Jahre 1928. Hrsg. und eingeleitet von Rudolf *Morsey*, Mainz 1975, 69.

11 Friedrich Gerhard *Hohmann*, Die Soester Konferenzen 1864-1866. Zur Vorgeschichte der Zentrumspartei in Westfalen, in: Westfälische Zeitschrift 114 (1964), 293-342; Winfried *Becker*, Der

beruhte vor allem auf ihrer Anhängerschaft in der katholischen Landbevölkerung des Münsterlands, des Sauerlands, in Ostwestfalen der Landkreise Paderborn und Warburg. Manche Kreise wählten hier noch am 5. März 1933 mit über 60% der Stimmen Zentrum. Allerdings hatten sich in der Weimarer Zeit Konflikte zwischen der Zentrumsführung im Reich und in Preußen, die Koalitionen mit der SPD einging, und dem konservativen katholischen Adel Westfalens ergeben.<sup>12</sup>

In Lippe, Mark und Ravensberg besaßen bis 1928 die Deutschnationale Volkspartei und die rechtsliberale Deutsche Volkspartei feste Bastionen. Stärker als in den drei westfälischen Regierungsbezirken Münster, Arnsberg und Minden wuchs im Land Lippe die NSDAP (1933 47,1%) an, vor allem auf Kosten der nationalistischen und liberalen Parteien. Für die Rechts- wie die Linksliberalen war in Westfalen wie im übrigen Reichsgebiet zwischen 1920 und 1933 die fast tödliche Auszehrung charakteristisch.

Minden-Ravensberg und das Siegerland waren im Kaiserreich Hochburgen der Christlich Sozialen Adolf Stoeckers gewesen. Die Christlich Sozialen hatten nach 1918 Aufnahme bei den Deutschnationalen gefunden. Nach der Sezession von diesen Ende 1929, als Alfred Hugenberg den Vorsitz in der DNVP übernommen hatte, „vollzog sich in letzter Stunde“ der organisatorische Ausbau des Christlich Sozialen Volksdienstes im Reich und setzte in seinem Wählerreservoir, „kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten aus den landeskirchlichen und freikirchlichen Gemeinschaften“ und aus der „in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft“, der Ausbreitung der NSDAP noch einige Hemmnisse entgegen.<sup>13</sup>

Der Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei hatte gerade im industrialisierten Ruhrgebiet mit deutlicher Verzögerung eingesetzt, weil ihr Auftreten teils auf eine katholische, zum Zentrum neigende Arbeiterschaft oder auf den Widerstand eines bürgerlich-konservativen „Lagers“ traf, das Arbeiterstimmen zu den Nationalliberalen herüberzog.<sup>14</sup> Obwohl während der Weimarer Republik die SPD in Westfalen den Reichsdurchschnitt ihres sonstigen Wähleranteils nicht erreichte,

politische Katholizismus in Rheinland-Westfalen vor 1890. Programmatische Entwicklung und regionale Verankerung, In: *Düwell, Köllmann*, I. Von der Entstehung der Provinzen bis zur Reichsgründung, Wuppertal 1983, 271-292.

12 *Behr*, Die Provinz Westfalen, 149; Horst *Gründer*, Rechtskatholizismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter besonderer Berücksichtigung der Rheinlande und Westfalens, in: *Westfälische Zeitschrift* 134 (1984), 107-155.

13 Günter *Opitz*, Der Christlich-soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1969, 159ff.; Bernd *Hey*, Die Kirchenprovinz Westfalen 1933-1945, Bielefeld 1974, 24; vgl. Gisbert Jörg *Gemein*, Politischer Konservatismus am Rhein und in Westfalen in der Weimarer Zeit am Beispiel der Deutschnationalen Volkspartei, in: *Düwell, Köllmann*, III, S. 62-75; Attila *Chanady*, The Disintegration of the German's People Party, in: *Journal of Modern History* 39 (1967), 65-91; Walter *Först*, Robert Lehr, in: ders. (Hrsg.), *Aus Dreißig Jahren. Rheinisch-Westfälische Politiker-Porträts*, Köln, Berlin 1979, 66-83; vgl. *Vark*, 25.

14 *Behr*, Die Provinz Westfalen, 149f.; Arno *Klönne*, Die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen. Historische Verankerung und heutiges Profil, in: *Aleman*, 69-90, 74-78; *Robe*, 23ff.

gelang es ihr doch, zeitweise in den Regierungsbezirken Arnberg (1928) und Minden (1920, 1924-1930) die stärkste Partei zu werden. 1932 bei den Reichstagswahlen wurde sie im Regierungsbezirk Minden (Ostwestfalen) deutlich von der NSDAP überholt (31,7 % gegenüber 25,1 %), während das Zentrum im Regierungsbezirk Münster noch 1933 mit 39,0 % (SPD 9,3 %) vor der NSDAP mit 28,7 % der Stimmen rangierte. In Minden lagen Zentrum – mit 27,6 % (1920) bis 20,7 % (1933) der Stimmen bei Reichstagswahlen – und SPD mit 28,9 % (1920) bis 21,1 % (1933) – nahezu gleichauf. Während wirtschaftlicher Krisenzeiten errang die Kommunistische Partei Deutschlands in den Regierungsbezirken Münster (1924, 1930-1933) und Arnberg (1924, 1932-1933) mehr Stimmen als die SPD.

Noch bei den Wahlen vom 5. März 1933 galt für Westfalen, daß die demokratischen Parteien zusammen besser abschnitten als die NSDAP, die in Westfalen-Süd und -Nord fast 10 % unter Reichsdurchschnitt (43,9 %) blieb, daß sie aber gegen die Nationalsozialisten nicht geeint waren.<sup>15</sup> Die führenden Persönlichkeiten aus den Kreisen des früheren Zentrums und des Christlich Sozialen Volksdienstes bzw. der DNVP, teils auch der DVP, sahen sich in Anbetracht der parteipolitischen Entwicklung vor 1933 nach Kriegsende mit dem Problem konfrontiert, entweder aus der den Erfolg des nationalsozialistischen Ansturms ermöglichenden Zersplitterung<sup>16</sup> die Konsequenz der Bildung einer breiten, staatstragenden demokratischen Partei anzugehen und dafür die früher selbstverständliche konfessionelle Sonderung aufzugeben oder – dies galt für die 1945 wieder hervortretenden Repräsentanten des politischen Katholizismus der Region – unter gewisser Ausblendung der mit dem Nationalsozialismus gemachten Erfahrungen milieu- und kontinuierlich bewußt an der bewährten stärksten politischen Kraft im Lande anzuknüpfen und die westfälische Zentrumspartei wiedererstehen zu lassen.

Unter besonderer Berücksichtigung des Raums Westfalen und Ostwestfalen (Regierungsbezirk Minden, seit dem Anschluß Lippes 1947 Regierungsbezirk Detmold, mit Bielefeld, Büren, Detmold, Halle, Herford, Höxter, Lemgo, Lübbecke, Minden, Paderborn, Warburg und Wiedenbrück)<sup>17</sup> soll der nun folgenden Betrachtung eine Gliederung nach fünf Punkten zugrunde gelegt wer-

<sup>15</sup> Hey, Die nationalsozialistische Zeit, S. 216-219; Bebr, Die Provinz Westfalen, 151f.; Wilfried Böhmke, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933, Bonn 1974; August Wilhelm Peter, Lippe. Eine Heimat- und Landeskunde. Mit Beiträgen von Hans Friedrich Gorki und Wilhelm Süvern, Detmold <sup>2</sup>1980, 401f.

<sup>16</sup> Vgl. Meyers, 170.

<sup>17</sup> Die „biedermeierlich-vorindustrielle Verwaltungsgliederung“ der drei Regierungsbezirke Arnberg, Münster und Minden wurde, außer durch den Anfall Lippes am 21. 1. 1947, weder aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung im 19. Jahrhundert noch durch Reform des Reichsgebiets in der Weimarer Republik noch von den Engländern 1945-46 noch durch Realisierung von Neugliederungsplänen der neuesten Zeit geändert. Heinz Günter Steinberg, Zur Verwaltungsgeschichte des Ruhrgebiets, in: Walter Först (Hrsg.), Politik und Landschaft, Köln, Berlin 1969, 179-215, 191 (vgl. auch die weiteren von W. Först herausgegebenen Bände der Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 1ff., 1967ff.; Horst Romeyk, Die Verwaltung des Landes, in: Hüttenberger, Vierzig Jahre, 49-70; Sante, 670, 674, 676.

den. Erstens sind Grundmotive der Neubildung der CDP/CDU und einige führende Gestalten der Gründerjahre vorzustellen. Zweitens muß auf die innerparteiliche Entwicklung, auf Programm und Organisation im Landesverband Westfalen und Lippe, eingegangen werden. Drittens interessiert das Verhältnis zwischen katholischen und evangelischen Parteimitgliedern. Viertens ist das Spannungsverhältnis der CDU zum (neuen) Zentrum und zur SPD zu beachten. Fünftens soll das Verhältnis zur Währungs- und Wirtschaftsreform kurz beleuchtet werden, die in dem ostwestfälischen CDU-Repräsentanten Friedrich Holzapfel einen Vorkämpfer fand.

## I

Am 2. September 1945 wurde im Parkhaus von Bochum die Gründung des CDP-Landesverbands Westfalen vorgenommen. Diese zentrale Parteigründung für eine ganze Provinz erfolgte in Absprache mit den rheinischen CDP-Gründern, vor allem dem Kreis um Dr. Leo Schwering, und parallel zu der ebenfalls eigenständigen Gründung der CDP des Rheinlands in Köln. Ein Land Nordrhein-Westfalen existierte damals noch nicht, und so erschien die Orientierung an den preußischen Provinzgrenzen als sinnvoll. Dieses rasche und kombinierte Handeln spricht für strategische Erwägungen der maßgeblichen Gründerkreise, die, ähnlich wie Schwering in Köln,<sup>18</sup> eine machtvolle Kraft für ein neues politisches Leben schaffen wollten. Zwar ist im Rückblick die Unabhängigkeit und Autonomie der einzelnen Parteigründungen in den verschiedenen Städten und Kreisen betont worden, „diese geradezu wunderbare und völlig getrennte Entwicklung“<sup>19</sup>; aber eine Orientierung, ein Aufruf für das flache Land, sollte von der frühen Gründung des Landesverbands schon ausgehen. Die CDP wurde in Münster erst am 15. Oktober,<sup>20</sup> in Recklinghausen<sup>21</sup> am 10. November, in Paderborn<sup>22</sup> am 11. November 1945 gegründet.

Äußerungen bedeutender westfälischer Gründerpersönlichkeiten belegen denn auch die Wirksamkeit übergeordneter ideeller Motive und politischer Erwägungen. Sicherlich war noch Milieu des Katholizismus spürbar und vorhanden, und

18 Leo Schwering gegenüber Elschner am 17. 11. 1961 (Historisches Archiv der Stadt Köln, Nachlaß L. Schwering, 1193, 128/3-6).

19 Hermann Pünder an Leo Schwering, Köln 9. 3. 1964 (ebd., 1193, 245).

20 Pünder, S. 202f. Einfluß aus Berlin, besonders bezüglich des Namens CDU: Johannes Peters an Leo Schwering, Münster 8. 2. 1963 (ebd., 1193, 245/1); Rudolf Morsey, *Zwischen Verwaltung und Parteipolitik*. Hermann Pünder und die Gründung der CDU in Münster 1945, in: Heinz Dollinger, Horst Gründer, Alwin Hanschmidt (Hrsg.), *Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus*. Festschrift für Heinz Gollwitzer zum 65. Geburtstag, Münster 1982, 529-545.

21 Josef Dünnebacke, *Entstehung und erste Entwicklung der CDU in Recklinghausen*. Erlebnisbericht vom 17. 2. 1946 (HStAK, Nachlaß L. Schwering, 1193, 360/2-12).

22 Christoph Tölle an Leo Schwering, Paderborn 5. 5. 1962 (ebd., 1193, 289).

nach der Katastrophe der zwölfjährigen Herrschaft Hitlers konnte es in den Augen mancher, die ihm angehörten, geradezu als in seiner Notwendigkeit bestätigt gelten. Aber kritischen Betrachtern war nicht verborgen geblieben, daß die in katholischen Bevölkerungskreisen Westfalens zweifellos gegebene innere Gegnerschaft zum Regime weithin in Formen schweigender Opposition – aus Furcht vor Sanktionen verständlich – verharret war, anstatt in einem nachträglicher Selbstbestätigung und zukünftiger politischer Arbeit dienlichen offenen Protest zu eskalieren.<sup>23</sup> Auch hatten schon Zeitgenossen erkannt,<sup>24</sup> was später in der Forschung Bestätigung fand, daß in der Weimarer Republik die „Abschleifung regional, konfessionell und sozial verankerter unterschiedlicher Lebensweisen“ eingesetzt hatte, die „Richtung auf die Herausbildung einer überregionalen politischen Gesellschaft“ eingeschlagen worden war.<sup>25</sup> In allerdings keineswegs wünschenswerter Weise hatte die „Hitlerbewegung“ selbst von diesem Prozeß profitiert, wenn die bürgerlichen Parteien zerfallen waren und schon 1932 nur zwei nicht anlehnungsbedürftige Kräfte sich daneben behauptet hatten: die „katholische Mittelgruppe“ und der „sozialistische Linksblock“.<sup>26</sup>

Der am 2. September 1945 im Bochum gewählte Vorstand umfaßte mit dem Ersten Vorsitzenden Lambert Lensing und dessen evangelischem Stellvertreter Friedrich Holzapfel 22 Personen, darunter 15 Katholiken und sieben Protestanten.<sup>27</sup> Von den Katholiken stammten 14 aus dem früheren Zentrum, einer aus der Bayerischen Volkspartei (Helferich), drei aus dem Christlich Sozialen Volksdienst (Bach, Rippel, Gödeke), zwei aus der Deutschnationalen Volkspartei, die teils als Vertreterin des politischen Protestantismus hatte gelten können (Holzapfel, Lindner<sup>28</sup>), einer aus der Deutschen Volkspartei (Boelitz). Sechs Vorstands-

23 *Pünder*, 145.

24 Werner *Stephan*, Zur Entwicklung der Parteien bei den Reichstagswahlen von 1930 bis 1932, in: Otto *Büsch*, Monika *Wölk*, Wolfgang *Wölk* (Hrsg.), Wählerbewegung in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871-1933, Berlin 1978, 236-260 (erschien erstmals 1932/33).

25 *Rohe*, 33; vgl. Gerhard *Schulz*, Verfassung, Regierung und politisches System der Republik, in: ders. (Hrsg.), *Ploetz Weimarer Republik. Eine Nation im Umbruch*, Freiburg, Würzburg 1987, 32-43.

26 *Stephan*, 259.

27 Wilhelm Alef, Ernst Bach, Otto Boelitz, Franz Bornefeld-Ettmann, Christian Ebert, Rudolf Gödeke, Anton Gilsing, Johannes Gronowski, August Heeke, Josef Helferich, Georg Jöstingmeier, Josef Kannengießer, Wilhelm Lindner, Paula Noa, Otto Rippel, Josef Schmelzer, Joseph Schrage, Paul Steup, Helene Weber, Wehmeyer, Franz Volpers, Elisabeth Zillken. Horstwalter *Heitzer*, Die CDU in der britischen Zone 1945-1949. Gründung, Organisation, Programm und Politik, Düsseldorf 1988, 88f. (zit. *Heitzer*); vgl. Hans Georg *Wieck*, Die Entstehung der CDU und die Wiederbegründung des Zentrums im Jahr 1945, Düsseldorf 1953, 124ff.; Winfried *Becker*, CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der CDU-Bundespartei, Mainz 1987, 119ff. und die (ungedruckte) Magisterarbeit von Friedrich *Brickwedde*, Die Frühgeschichte der westfälischen CDU, Münster 1978.

28 Geschäftsführer des Deutschnationalen Arbeiterbundes, dessen Spitzenpositionen mit christlichen Gewerkschaftlern besetzt waren (*Opitz*, S. 138f.).

mitglieder hatten ihren Wohnsitz in Ostwestfalen: Johannes Gronowski (Neuenbeken/Paderborn bzw. Bad Driburg), Josef Helferich (Neuenbeken/Paderborn), Josef Kannengießer (Brakel/Höxter), Paula Noa (Bad Salzuflen), Wehmeyer (Jölllenbeck/Bielefeld), Elisabeth Zillken (Salzkotten). Ausgesprochene Funktionsträger in der Zentrumsparterie, d. h. christliche Gewerkschaftler, Parteisekretäre oder Repräsentanten in Kommunen oder Verwaltung, waren vor 1933 neun Vorstandsmitglieder gewesen: Alef, Gilsing, Gronowski, Heeke, Kannengießer, Lensing, Schrage, Steup und Weber. Hinsichtlich der beruflichen Zusammensetzung des ersten Vorstands war man um Ausgewogenheit bemüht. Neben sieben Mitgliedern aus dem Verwaltungs- oder kommunalen Dienst standen vier Journalisten oder Verleger, drei Kaufleute, drei Bauern, zwei Rechtsanwälte, ein Bergmann. Der Lebensweg und die politischen Anschauungen einiger dieser Gründer oder frühen Organisatoren verdienen nähere Beleuchtung.

Aus den politischen Zentren der Weimarer Republik hatte es Hermann Pünder (1888-1976) in die Provinz verschlagen. Zwar gehörte er nicht zum Vorstand des Landesverbands; der Gründer der CDU in Münster ist aber neben Adenauer zu einem der wichtigsten Funktionsträger der Partei in der britischen Zone geworden. In Trier, im preußischen Grenzland, wo ihn Familienbeziehungen nach Luxemburg und Frankreich wiesen, geboren und aufgewachsen, fand der Assessor der Rechte nach Teilnahme am Ersten Weltkrieg eine Anstellung im Preußischen Justizministerium, wechselte dann als Leiter des Ministerbüros ins Reichsfinanzministerium und wurde 1925 unter Reichskanzler Hans Luther Ministerialdirektor, 1926 unter Reichskanzler Wilhelm Marx Staatssekretär in der Reichskanzlei. Anhänger der ausgleichenden Politik eines Gustav Stresemann und Wilhelm Marx, wurde Pünder 1932 aus der Reichskanzlei auf den Posten des Regierungspräsidenten von Münster versetzt. Bis zur Entlassung durch die Nationalsozialisten 1933 – wegen Verweigerung des Parteibeitritts – führte er hier die Geschäfte „als Exponent des alten preußischen Staates“.<sup>29</sup> Auf seinem Hof bei Münster empfing Pünder, der nun sein Auskommen als Landwirt suchen mußte, den Verschwörer Carl Goerdeler und hielt Kontakte zu militärischen Widerstandskreisen in Berlin. Knapp der Verurteilung durch Roland Freislers Volksgerichtshof entronnen, wurde er unter andern prominenten „Geiseln des nationalsozialistischen Systems“<sup>30</sup> in Südtirol 1945 von den Amerikanern befreit. Warum der Spitzenbeamte aus preußischer Verwaltungstradition, der als Katholik den Staatsformen neutral gegenübergestanden war, aber die sittlich fundierte Staatsautorität hochgehalten hatte, 1945 zum Parteigründer in einem neuen demokratischen Staat wurde, hat er selbst erläutert. Er wollte mit der aus dem Kulturkampf herrührenden, im „Attentismus“ verharrenden „Abwehrstellung“ des Zentrums „gegenüber dem Staat“ gebrochen wissen: „Es sollte eine Partei gegründet werden, deren

29 Pünder, 138.

30 Pünder, 178.

tragendes Prinzip gerade die Zuneigung zum Staat, sein tatkräftiger sozialer Aufbau und seine politische Verteidigung nach allen Seiten zu sein hatte. Eine solche neue Partei sollte sich keineswegs auf nur eine Konfession stützen; sie sollte sich nach meinem Wunsche überhaupt nicht auf Konfessionen stützen, sondern lediglich – das allerdings mit Klarheit und Nachdruck – eine Politik aus christlichem Geiste führen. Sie würde zum Ausdruck zu bringen haben, daß sie das praktische Christentum nicht nur in der Beachtung der Gebote Gottes und der Kirchen verstanden, sondern überhaupt das öffentliche Leben des Volkes in seiner Vielfalt vom Geiste des Christentums durchdrungen wissen wollte. Die neue Partei sollte weder sozialistisch noch liberal sein. Im Gegensatz zum Sozialismus sollte sie ganz eindeutig das Privateigentum bejahen und einen staatlichen Dirigismus ablehnen, aber ebenso eindeutig sollte sie sich gegen das liberale Schlagwort „laissez faire – laissez aller“ wenden ... Das Almosengeben dürfe unter keinen Umständen das soziale Gewissen einschläfern; die soziale Verpflichtung, auch die des Staates, müsse klargestellt werden. Ein solches Programm konnte natürlich keineswegs nur für katholische Wähler gelten. Mir schien es daher von Anbeginn notwendig, für derartige Leitsätze vor allem auch führende evangelische Persönlichkeiten zu gewinnen. Aber auch andere Personen, die nicht streng kirchlich eingestellt waren, wohl aber diese und ähnliche auf christlichem Gedankengut fußende Prinzipien anzuerkennen bereit waren, sollten als Mitkämpfer willkommen sein ...“<sup>31</sup>

Pünder, der gut englisch sprach und sich als „Aktivist“ gegen das nationalsozialistische Regime bezeichnete,<sup>32</sup> fand schnell ein gutes Verhältnis zur britischen Besatzungsmacht. So wurde er von 1945 bis 1948 Oberbürgermeister von Köln, 1948/49 Oberdirektor des Verwaltungsrats des Vereinigten Wirtschaftsgebiets. Ein Regierungsamt hat der frühere preußische Ministerialbeamte in Adenauers Kabinetten nicht mehr erhalten. Enttäuscht hat er sich als Bundestagsabgeordneter (1949-1957) mit der Mitgliedschaft im Fraktionsvorstand der CDU/CSU, mit der Zugehörigkeit zu verschiedenen Bundestagsausschüssen und kulturellen Vereinigungen abfinden müssen. Pünder wurde auch Mitglied der (1889 gegründeten) Interparlamentarischen Union und Vizepräsident der parlamentarischen Versammlung der Montanunion (1952-1956). Die in seiner Lebenserfahrung fest verankerten preußischen Tugenden der Toleranz und des Berufsethos hat er im neuen europäischen Bundesstaat, den er erstrebte, für unverzichtbar gehalten. Von manchen tagespolitischen Erscheinungen der Adenauer-Zeit hat sich Pünder distanziert; diesen gegenüber hielt er an den Werten der „moralischen Aufrü-

31 Pünder, 201f.

32 Morsey, Zwischen Verwaltung und Parteipolitik, 535; ders., Das Porträt. Hermann Pünder (1888-1976), in: Geschichte im Westen 3 (1988), 69-83, 74; ders., Kommunalverwaltung in der Trümmerwüste. Hermann Pünder als Oberbürgermeister von Köln 1945-1948, in: Die Verwaltung 21 (1988), 375-388.

stung“ fest.<sup>33</sup> Er unterstrich so noch einmal die Bedeutung der geistigen Wende von 1945, in die er die Gründung der CDU eingebettet sah und aus der er seine Ablehnung des Materialismus und des Kommunismus ableitete.

Johannes Gronowski (1874-1958) hatte in der Weimarer Republik demokratische Parteiarbeit mit einer politischen Karriere verbinden können. Zusammen mit gleichgesinnten Zentrumsfreunden entwarf er schon 1945 im Kloster Neuenbeken bei Paderborn Grundlinien eines zukünftigen christlich-demokratischen Programms. Gronowski stammte aus Graudenz in Westpreußen. Er machte in Berlin eine Schlosser- und Mechanikerausbildung und trat dort dem Kolpingverein bei. Seit 1893 Mechaniker, dann Werkführer in der Eisenbahnhauptwerkstatt Dortmund, wurde er 1902, nachdem er Kurse der katholischen Arbeiterbewegung in Mönchengladbach absolviert hatte, Leiter des christlichen Arbeitersekretariats in Dortmund, 1908 erster Parteisekretär der Deutschen Zentrumspartei von Dortmund-Hörde. Gronowski wurde Mitglied des Dortmunder Stadtrats (1906), des Preußischen Abgeordnetenhauses (1908-1933), Dritter Vorsitzender von dessen Zentrumsfraktion und Mitglied des Westfälischen Provinziallandtages (1918). Seine Bestellung ins Amt des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen 1922 setzte ihn harten Angriffen der nationalistischen Presse, aber auch einiger Zentrumsblätter aus, die ihn als gesellschaftlich nicht repräsentativen, farblosen und überforderten Emporkömmling abqualifizierten. Die Nationalsozialisten entließen ihn 1933 frist- und pensionslos und verfolgten ihn mit Presse-Angriffen. 1945 verkörperte der frühere Oberpräsident, der im Kriege zweimal ausgebombt und dabei schwer verletzt worden war, in hohem Maße politische Integrität und Glaubwürdigkeit. Er wollte statt des Zentrums eine neue Partei geschaffen wissen, „unabhängig von der Vergangenheit“, „unbelastet von schwer zu verteidigenden politischen Vorgängen“: „die in Ehren abgekämpfte Zentrumsgruppe bedarf auf dem politischen Kampfplatz dringend der Ablösung“.<sup>34</sup> Christlich, deutsch und demokratisch sollte die neue Partei sein, die das Vertrauen der Heimkehrer zu erringen habe. Seine politische Lebenserfahrung und die trostlose Lage des deutschen Volkes ließen es Gronowski geraten erscheinen, von der früheren Milieupartei des Zentrums Abschied zu nehmen.<sup>35</sup> Die großen Aufgaben der nächsten Zukunft, die Beschaffung von Arbeit, Brot, Maschinen und die Einsetzung einer Zentralregie-

33 *Pünder*, 421f., 435-446, 478-487.

34 „Warum ich dabei bin.“ Zitiert nach Karl *Teppe*, Johannes Gronowski, in: *Först*, Entscheidungen im Westen, 190-214, 252-254, 212; vgl. Joseph *Joos*, So sah ich sie. Menschen und Geschehnisse, Augsburg 1958, 33-37; Horst *Möller*, Die preußischen Oberpräsidenten der Weimarer Republik als Verwaltungselite, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 30 (1982), 1-26, 8-11; Notizen zum Lebenslauf des Herrn Oberpräsident a.D. Johannes Gronowski (Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 254); Briefe Gronowskis aus den Jahren nach 1945 in HStAK, Nachlaß L. Schwering, 1193 (siehe Anhang), Nachlaß J. Gronowski (in Landesverband Westfalen): Archiv für christlich-demokratische Politik, St. Augustin, III-002.

35 Ähnlich im Rheinland: Joseph Bollig an Leo Schwering, Opladen 25. 5. 1959: Widerspruch gegen Interpretation der frühen CDU als einer Weltanschauungspartei, die auf Wählerkreise rekurriert sei,

nung waren in seinen Augen nur mit einer neuen, großen politischen Kraft zu bewältigen. Gronowski übernahm 72jährig, weil „junge Leute“ nicht zur Verfügung standen, noch einmal die Bürde eines Parteiamts.<sup>36</sup> Am 9. April 1946 wurde er als Erster Vorsitzender des Landesverbands Nachfolger Lensings, von 1946 bis 1950 und zuletzt 1953 Abgeordneter des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Im Kaiserreich hatte der christliche Gewerkschaftler an der Lösung der neuen sozialen Probleme mitgewirkt. 1918 hatte er sich entschlossen auf den Boden der parlamentarischen Demokratie gestellt. 1945 wagte er die Neugründung der interkonfessionellen Partei und bekannte sich zum Neuaufbau einer auf Selbstverwaltung und Selbstregierung in den Traditionen des Freiherrn vom Stein ruhenden Demokratie.

Lambert Lensing jun. (1889-1965) entstammte einer katholischen Verlegerfamilie in Dortmund, die sich um die Zentrumspartei verdient gemacht hatte. Maßgeblich im Augustinusverein für die katholische Presse tätig, hatte er in Dortmund das Zentrumsblatt „Tremonia“ verlegt und als „Heimatpresse“ nach 1933 zu erhalten gewußt. Dies brachte ihm nach dem Untergang des „Dritten Reiches“ keine Ehre, sondern unangebrachte Verdächtigungen ein. Die rasche Anmeldung der Zentrumspartei bei der Militärregierung in Dortmund, die Lensing am 29. Mai 1945 zusammen mit Steup vornahm, war beeinflusst oder „veranlaßt“ durch die Schritte der Konkurrenz, „durch die lebhaftige Tätigkeit der SPD, der KPD und einer sog. Antifa-Gruppe“.<sup>37</sup> Auf jeden Fall wies Lensing schon jetzt darauf hin, daß er die Lizenz auf eine Neugruppierung, die der Zentrumspartei nachfolgen sollte, erstreckt wissen wollte.<sup>38</sup> Beim Zusammentritt des Landesverbands in Bochum hielt Lensing die Programmrede. Hier stand die durch die nationalsozialistische Verfolgung hervorgerufene Gemeinsamkeit der Christen beider Konfessionen im Vordergrund.<sup>39</sup> Trotz der sachlichen Verankerung in der Zentrumstradition, die das „Vorläufige Programm der Christlich-Demokratischen Partei Westfalen“ und die „Entschließung der Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei“ erkennen ließen,<sup>40</sup> machte vor allem das Akzeptanzproblem nach Lensings Meinung eine Neuausrichtung der Partei notwendig. Das Zentrum oder der Evangelische Volksdienst (Gliederung des CSVD für Westfalen, der Verf.) seien bei der so wichtigen Generation der 20- bis 30jährigen und der zurückkehrenden Soldaten so gut wie unbekannt. Schon

die schon vor 1933 Zentrum, christlich-sozial oder christlich-national gewählt hätten (gegen Dr. Budde und Adolf Süsterhenn), aber Festhalten an der „christlichen Substanz“ der einzelnen Politiker (HStAK, Nachlaß L. Schwering, 1193, 118/12).

36 Heitzer, 165 Anm. 135.

37 Lambert Lensing an Leo Schwering, Dortmund 27. 12. 1963 (HStAK, Nachlaß L. Schwering, 1193, 218/56-57). Vgl. Köhler, Land aus dem Schmelztiegel, 132.

38 Lambert Lensing an Leo Schwering, Dortmund 2. 1. 1964 (ebd., 1193, 218/60).

39 Vgl. Köhler, Land aus dem Schmelztiegel, 73f.

40 Druck im Anhang; vgl. Heitzer, 86-88.

deswegen komme ein einfaches Anknüpfen an dem, „womit wir im Jahre 1933 aufhörten“, nicht in Frage. Die Jugend könne durch Weckung des noch nicht erstorbenen Empfindens für Christentum und „gesunden Individualismus“, das die nationalsozialistische Erziehung bekämpft habe, sowie durch Mitarbeit in der Führung der Partei gewonnen werden.<sup>41</sup> Der Landesverband wollte sich also nicht der Jugend anpassen, sondern die Jugend sollte für den – zeitgemäß weiterentwickelten – alten Geist gewonnen werden. Lensing wurde 1946/47 durch die Engländer kaltgestellt, die seinen „Ruhr-Nachrichten“ die Lizenz verweigerten. Er selbst machte dafür den politischen Umschwung in England und Intrigen des Zentrums verantwortlich. Die Attacken auf seine Vergangenheit nötigten ihn auch, den Vorsitz des Landesverbands im März 1946 niederzulegen. Lambert Lensing wurde 1948/49 Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1954 bis 1958 Abgeordneter des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Von 1951 bis 1959 war er wieder Landesvorsitzender.

Die politisch ambitionierten Geschäftsführer Paul Steup (geb. 1885) und Josef Kannengießler (1894-1981) haben den Ruf der „Westfälischen Union“ als einer „Partei der Generalsekretäre“<sup>42</sup> mitbegründet. Der Landesverband hatte drei Generalsekretäre, die alle aus der Parteiarbeit der Jahre vor 1933 kamen. Steup und Kannengießler waren frühere Zentrumsangehörige, der dritte, Lindner, hatte eine führende Rolle in der christlichen Arbeiterbewegung der Deutschnationalen Volkspartei gespielt. Gronowski mußte infolge Schwerhörigkeit und sonstiger Altersbeschwerden die Routine der Führungsarbeit vor allem Steup überlassen. Dieser, ursprünglich in der katholischen Arbeiterbewegung tätig, war von 1928 bis 1933 Geschäftsführer und Stadtverordneter des Zentrums in Dortmund gewesen. Steup wirkte nun als unentbehrlicher und unermüdlicher Organisator, vor allem im Industriegebiet. Er gab auch die „Rundschreiben“ des Landesverbandes heraus und bewies dabei Sachkenntnis, Geschick und eine Selbstlosigkeit, die persönliche Differenzen um der Sache willen zurückstellte. Zentral getroffene Entscheidungen wie Ludwig Erhards Währungsreform trug er mit, obwohl dadurch der Landesverband finanziell zunächst stark beeinträchtigt wurde.

Dr. Josef Kannengießler (1894-1981) kannte den niedersächsisch-westfälischen Raum aus seiner Tätigkeit als Parteisekretär des Zentrums. Der Journalist war von 1930 bis 1933 Mitglied des Preußischen Staatsrats gewesen. Die Herrschaft der Nationalsozialisten hatte er als Geschäftsführer der Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft überstanden. In Brakel bei Höxter wohnhaft, baute Kannengießler 1945/46 Beziehungen zu gleichgesinnten Parteifreunden in Niedersachsen und Norddeutschland auf. Auch er war bemüht, Gesinnungsgenossen aus dem frühe-

41 10 Jahre CDU in Westfalen 1945-1955. Festschrift zum 10. Jahrestag der Gründung der CDU Westfalen am 2. 9. 1955, Dortmund 1955.

42 So Artur Sträter an F. Holzapfel, Soest 4. 11. 1946 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 272); Heitzer, 310.

ren Zentrum nun der CDP bzw. CDU zuzuführen. Kannengießler hat neben organisatorischem Talent und Fleiß auch programmatischen Ehrgeiz entwickelt. Die kämpferische Auseinandersetzung mit dem neuen Zentrum aufnehmend, grenzte er andererseits die „große christliche Einheitsfront“ der neu entstehenden Union von nationalistischen Tendenzen energisch ab.<sup>43</sup> 1946 Mitglied des CDU-Zonenausschusses, hat Kannengießler 1947 den „Verein Union Presse“ mitbegründet.

Friedrich Wilhelm Philipp Holzapfel (1900-1969) hatte nach Besuch des humanistischen Gymnasiums in Bielefeld 1922 sein Studium der Staatswissenschaften in Münster mit einer Dissertation über politische Propaganda abgeschlossen.<sup>44</sup> 1923 wurde er stellvertretender, 1926 Haupt-Geschäftsführer der Handwerkskammer Bielefeld. Politisch betätigte er sich in der christlich-sozialen Bewegung innerhalb der DNVP, nachdem er schon während seines Studiums einer christlich-sozialen Studentengruppe beigetreten war. Unter den Nationalsozialisten erhielt Holzapfel Redeverbot. 1935 mußte er seine Tätigkeit als Schriftleiter des „Ostwestfälischen Handwerksblatts“ einstellen. 1929 hatte er sich dafür eingesetzt, daß der Reichsverband des deutschen Handwerks das Volksbegehren gegen den Young-Plan nicht unterstützte.<sup>45</sup> Durch Max Habermann gewann Holzapfel 1933 Verbindung zu einer Bielefelder Widerstandsgruppe politisch unterschiedlicher Herkunft. 1937 wurde Holzapfel aufgrund einer in diesem Kreis entstandenen Schrift verhaftet. Sein Verfahren vor dem Volksgerichtshof wegen Landesverrats endete glimpflich. 1938 wurde er aus der Haft entlassen, 1940 schloß das Verfahren mit einer Verwarnung für ihn ab. Danach wurde Holzapfel Teilhaber an der Besen- und Bürstenfabrik seines Freundes Werth. Die Amerikaner setzten Holzapfel 1945 zum Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor von Herford ein. Am 2. September 1945 wurde Holzapfel in Bochum zum Zweiten Vorsitzenden der CDU Westfalens, am 22. Januar 1946 zum Zweiten Vorsitzenden der CDU der britischen Zone gewählt. Er wirkte am Aufbau des Zentralamts für Wirtschaft in Minden mit und wurde Fraktionsführer der CDU im Wirtschaftsrat. Holzapfel wurde auch Mitglied des Landtags von „Nordrhein-Westfalen (1946/47) und Abgeordneter während der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages (1949-1953). Ohne Fortune bekleidete er schließlich das Amt des deutschen Botschafters in Bern (1952-1958). In dieser Ausgangsphase seines Wirkens äußerte er sich, wie auch Pünder, Schwering und andere Vertreter der CDU der ersten Stunde, kritisch über den Geist der Adenauer-Ära, der von den Idealen der Gründungszeit abgewichen sei.

43 Josef Kannengießler an Dr. A. Reinke/Vechta, Brakel 15. 11. 1945 (ACDP, Nachlaß J. Kannengießler, I-182-010/01).

44 Bei Johann Plenge (im Ersten Weltkrieg Anhänger des Kriegssozialismus). Lebenslauf (Kop.) von Holzapfel selbst: BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 326.

45 Ebd., 278, 312 (14. 9. 1929).

Ein ausgeprägt intellektuelles Profil zeigte Otto Boelitz (1876-1951), Mitbegründer der CDU in Soest. Wie Gronowski gehörte er bereits zur Generation der Siebzigerjährigen. Wie dieser hat er, obzwar Protestant, 1945 die Idee einer gemeinsamen christlichen Partei aufgegriffen und verfochten. Boelitz, von Beruf Studienrat, hatte der DVP angehört. Als Preußischer Minister für Kunst, Erziehung und Volksbildung (1921-1925) war er der bisher hauptsächlich von Katholiken vertretenen Idee des Elternrechts nähergetreten. Als Leiter des Bühnenvolksbunds, ein Amt, aus dem ihn die Nationalsozialisten sogleich entfernten, war Boelitz mit Leo Schwing, dem Kulturexperten der preußischen Zentrumsfraktion, in engere Berührung gekommen. Die Herrschaft des Nationalsozialismus begriff Boelitz im Rückblick als Auswuchs moralischer Verirrung, des Verlustes tragender Wertmaßstäbe. Aus dieser tiefen Krise könne nur die Besinnung auf das den Konfessionen gemeinsame christliche Erbe herausführen. Da Boelitz aus Gesundheitsrücksichten 1949 den Geschäftsführenden Landesvorstand verließ und sich auf die Arbeit im Kreisvorstand Soest sowie auf die Verlegertätigkeit für die „Westfalenpost“ beschränkte,<sup>46</sup> lag sein Beitrag zum Parteaufbau vor allem auf publizistischem Gebiet. 1948 war Boelitz Vorstandsmitglied des „Vereins Union Presse“.<sup>47</sup> In wegweisenden Artikeln hat er der interkonfessionellen Union eine geistige Grundlage geschaffen. Als ihre Vorläufer sah er neben dem Zentrum ausdrücklich auch die DVP, die DDP, die DNVP und die Wirtschaftspartei an.<sup>48</sup> Eigenes liberales Erbe bestimmte ihn wohl, für „freie Selbstbestimmung des Volkes, eine freie Selbstverwaltung“ sowie für verantwortlichen Parlamentarismus einzutreten.<sup>49</sup> „Christliche Verantwortung“ gelte es vor allem auf dem Gebiet der Erziehung wahrzunehmen, Förderung sei nur von Begabung abhängig zu machen. Unter Berufung auf historische Vorbilder in verschiedenen deutschen Ländern gab Boelitz der christlichen Simultanschule den Vorzug vor der Konfessionsschule; deren Wert gelte es gegen den Streit abzuwägen, der durch das Eintreten für sie entfacht werde.

## II

Die Programmatik der CDU von Westfalen-Lippe war während der ersten Nachkriegsjahre durch drei Komponenten wesentlich bestimmt, die sich überlagerten und zeitliche Absichtungen aufwiesen.

46 Otto Boelitz an Johannes Gronowski, 19. 2. 1949 (ebd., 278, 257).

47 Verein Union Presse, Rundbrief vom 25. 10. 1948 über die Mitgliederversammlung in Minden am 9./10. 10. 1948 (ebd., 278, 63). Weitere Vorstandsmitglieder waren der Journalist Dr. Josef Hoffmann (Aachen), Verleger Willi Koch (Kiel), Hauptschriftleiter Josef Noé (Düsseldorf), Verleger Dr. Reinhold Heinen (Köln).

48 Vgl. dazu Flugblatt der CDU des Kreises Soest, Otto Boelitz, August Müller, Ist das noch Sachlichkeit? Sept. 1946 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 142).

49 Otto Boelitz, Erziehung und Schule im christlich-demokratischen Staat. Das Bildungsideal und das Schulprogramm der CDU. Recklinghausen: Bitter-Verlag 1946.

1. Den historischen Anknüpfungspunkt boten, bei der Zusammensetzung des ersten Landesvorstands nicht weiter erstaunlich, zentrale Begriffe der Programmatik des alten Zentrums, die indes nicht substantiell dominierend blieb. So tauchten die Begriffe „Wahrheit, Recht, Freiheit“, die die Deutsche Zentrumspartei zu Leitsternen erkoren hatte, im westfälischen Unionsprogramm wieder auf.<sup>50</sup> Die soziale Komponente der alten Zentrumsprogrammatik spielte, allerdings im Blick auf die Selbstverschuldung der Not der Nachkriegszeit neu interpretiert, eine wichtige Rolle. Die „Westfälische Union“ ging jedenfalls noch von einer nach Berufsgruppen gegliederten, statt von einer klassenmäßig aufgebauten oder einer Einheits-Gesellschaft aus. Wesentlicher aber war die im Menschenbild einer überwiegenden Zahl ehemaliger Zentrumsmitglieder verankerte Auffassung, daß Politik kein mechanistisch aufzufassendes Geschäft sei, sondern von dem Handeln der an sittlichen Wertmaßstäben orientierten Persönlichkeiten maßgeblich abhängen und gestaltet werde.

2. Auf dieser geistigen Grundlage war die Möglichkeit gegeben, der deutschen Katastrophe, die aufgrund der nationalsozialistischen Herrschaft eingetreten war, eine spezifische Interpretation zu geben. Ein Aufruf der CDU des Kreises Detmold von 1947 gewann die Impulse des Neubeginns aus der Antithese zur „materialistischen Weltanschauung“, unter die der Nationalsozialismus subsumiert wurde.<sup>51</sup> Diese Weltanschauung habe „zur Verachtung des Rechts und zur Anbetung der Macht, zur Verneinung der Würde der Person und der Freiheit, zur Vergottung des Staates und ungehemmten Ausdehnung seines Bereichs“ geführt. Der Nationalsozialismus erscheint als „äußerste Konsequenz“ einer Entwicklung, „die weit vor dem Anfang dieses Jahrhunderts begann“. Der „materialistischen“ stehe die „christliche Weltanschauung“ gegenüber, die allein „Recht, Ordnung und Maß, Würde und Freiheit der Person und damit eine wahre und echte Demokratie, die sich nicht auf die Form des Staates beschränken darf“, gewährleiste. Die Rückkehr zum „christlichen Kulturbewußtsein“ wird gefordert, „dessen Lebenskraft Jahrtausende überwand und die Entwicklung der Menschheit mit ewig junger Kraft bestimmte“. Der Ernst der Stunde sei dem begreiflich, der zu „innerem Widerstand gegen Lüge und Haß“ des nationalsozialistischen Systems „herangereift“ sei. Nach Meinung der (unbekannten) Verfasser des Aufrufs fordert die Negierung der Menschenwürde, des Rechts und der sittlichen Ordnung durch den Nationalsozialismus und durch die diesem zugrundeliegende Weltanschauung gebieterisch die entschiedene Bejahung dieser Werte für Gegenwart und Zukunft. So wird nichts weniger verlangt als „eine weltanschauliche Änderung des Volkes“.

50 Entschließung der Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei (2. 9. 1945); siehe Anhang.

51 CDU Kreis Detmold, Aufruf, o. D. [1947] (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 139). Vgl. Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945-1953*, Stuttgart 1980 (1965), 49f.

Über den Problemgehalt dieser und ähnlicher weitgehender Forderungen hat der rheinische CDU-Mitbegründer Otto Schmidt/Wuppertal im Jahr 1950 gründlich nachgedacht.<sup>52</sup> Auch er betonte die Notwendigkeit, zu einer „elementaren geistigen Gemeinsamkeit des Volkes“ zu gelangen. Das Ziel mußte seiner Meinung nach sein, ein „verpflichtendes Bewußtsein der Gemeinsamkeit“, ausgehend von „gemeinsamer sittlicher Bindung“ zu entwickeln. Aber die Hindernisse auf diesem Weg erschienen ihm nur allzu deutlich: Die formale Demokratie habe, weil durch die Sieger verordnet, nur wenig Anklang gefunden. „Die antifaschistische Periode der Demokratie nach 1945“ habe sogar Verbitterung hervorgerufen und keine Umkehr bewirkt, vor allem darum, weil sie eine bloß negative, eine Anti-Haltung propagiert habe. Zusätzlich sei von der Diskreditierung jeder Gemeinschaftsideologie, die der Nationalsozialismus bewirkt habe, auszugehen. Um so deutlicher hob Schmidt das Anliegen hervor, die Demokratie über eine formale Veranstaltung hinaus zu einer Lebensform zu vertiefen, ihr eine neue, eine „sittliche“ Begründung zu geben.

3. Ein Weg, wie dieser Anspruch eingelöst werden könne, konnte in einer Demokratie von den Parteien gewiesen werden. Es machte einen guten Teil Besonderheit auch der zweiten Demokratie in Deutschland aus, daß die Institutionen, die politischen Gruppen und Kräfte zu ihrer Herausbildung und Entwicklung gefordert waren, weil Demokratie hier nicht, wie in den angelsächsischen Ländern, einer gelebten Gesellschaftsform entsprach. Für die „Westfälische Union“ läßt sich aufzeigen, daß sie durch programm- und grundsatzorientierte Deklarationen, aber auch durch den Zeiterfordernissen entsprechende Sachaussagen zum Mentalitätswandel und zum Neuaufbau eines demokratischen Gemeinschaftsbewußtseins beitragen wollte. Gleichzeitig meldete sie auf diese Weise Führungsansprüche an und nahm Abgrenzungen von anderen politischen Kräften vor.

Friedrich Holzapfel gab auf einer Großkundgebung in Gütersloh der als Antithese zur materialistischen Weltanschauung verstandenen „Politik aus christlicher Verantwortung“<sup>53</sup> eine deutliche Wendung gegen die SPD Kurt Schumachers, weil diese sich offen zu den materialistischen Thesen von Karl Marx bekenne.<sup>54</sup> Christliches Kulturerbe verstand er außerdem als „Antithese“ zu dem im Osten herrschenden System.

52 Otto Schmidt, Von der Demokratie als Form zu der Demokratie als gestaltender Gemeinschaft. Rede auf dem Landesparteitag der CDU des Rheinlandes in Duisburg am 3. 12. 1950 (= Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes, H. 12), Köln, 7, 10. Vgl. Klage über „Wahlmüdigkeit“ und politische „Uninteressiertheit größter Kreise unseres Volkes“. Bernhard Vogel an Holzapfel, Neheim-Hüsten 29. 4. 1946 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 63).

53 Ausarbeitung F. Holzapfels (Kop.) o. D. (ebd., 278, 140); dazu: „Laßt die Finger von den Splitterparteien“. Bundestagsabgeordneter Dr. Holzapfel sprach auf einer Großkundgebung der CDU, in: Westfalenzeitung Nr. 138 v. 17. 6. 1950 (ebd., 278, 139).

54 Was Holzapfel aber nicht hinderte, sich der Forderung Carlo Schmidts nach dem Mehrheitswahlrecht anzuschließen (ebd.).

Neben diese, im politischen Kampf eingesetzten Aktualisierungen von Grundsatzzpositionen der Neubesinnung traten mit der Zunahme substantieller politischer Auseinandersetzungen vor allem während der Jahre 1949/50 konkrete Forderungen. Ein von Holzapfel unterzeichnetes Flugblatt des CDU-Kreisvorstands Halle i. W. verteidigte 1949 die durch die Währungsreform und durch die Aufhebung der Bewirtschaftung bewirkte „Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse“, plädierte für die Annahme der Verfassung, damit für die Bildung des Weststaats.<sup>55</sup> Bemerkenswert war das Bekenntnis zu einer auf Parteien beruhenden Demokratie: Die Nicht-Gewährung aktiver Unterstützung für die CDU komme indirekt einer Hilfe für „andere politische Kräfte“ gleich; „die großen politischen Verbände“ würden immer mehr „als die legitimen Träger des Volkswillens“ erscheinen.

So zeichnete sich ab, daß der Beitrag der „Westfälischen Union“ zur demokratischen Fundierung des Gemeinwesens wohl in der Propagierung bestimmter Grundsätze, verbunden etwa mit dem Bekenntnis zur näheren Heimat,<sup>56</sup> lag, darüber hinaus aber besonderes Profil gewann, wenn es galt, in deutschen Verantwortungsbereich übergegangene oder übergehende Entscheidungen von Relevanz oder existentieller Bedeutung durch entschiedene Stellungnahmen mitzutragen. Dabei wußte man wohl, daß man nur ein konkurrierendes Angebot neben anderen eröffnete. Um in dieser Lage den Führungsanspruch der Partei herauszustellen, namentlich sich als mehrheitsfähige Partei von den „Splitterparteien“ abzuheben, propagierten die frühen Protagonisten eine grundsatzorientierte Haltung („antimaterialistische Weltanschauung“) und identifizierten sich mit der großen kulturellen Einheit des christlichen „Abendlands“, als „Antithese“ zum östlichen System.

Welche Anstalten traf man zur Lösung der organisatorischen Probleme? Es gilt zunächst festzuhalten, daß mehr noch als das Programm die Organisation erst geschaffen werden mußte und daß sie sogleich, wegen der schon 1946 einsetzenden Wahlen, unter den Anforderungen der Selbstdarstellung und des Positionsgewinns gegenüber gegnerischen politischen Kräften stand. Die örtlichen Gründungen waren in die Kreisparteien zu integrieren oder von diesen erst ins Leben zu rufen. Kreisgeschäftsstellen mußten eingerichtet, Rednerdienste vor Wahlen organisiert, eine parteiinterne Publizistik mußte aufgezogen werden. Gute Rahmenbedingungen boten, wie im Rheinland, die frühe Gründung der Provinzialpartei sowie des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone. Der Landesverband bildete rasch zentrale Einrichtungen aus. Zwischen 1946 und 1949 fanden fünf Parteitage des Landesverbands statt. Ein geschäftsführender Vorstand trat zusam-

55 CDU-Kreisvorstand Halle i. W., gez. Dr. Holzapfel, Entwurf für Druckauftrag, Halle i. W., März 1949 (ebd., 278, 139).

56 Die CDU-Mitglieder des Kreistages Halle i. W. an Holzapfel, Halle 19. 10. 1946 (ebd., 278, 139).

men, hatte allerdings mit erheblichen Präsenzproblemen zu kämpfen.<sup>57</sup> Die drei Haupt- bzw. Landesgeschäftsführer, Steup in Dortmund, Kannengießler in Brakel, Lindner (ihm folgte 1948 Salkowsky) in Müsen bei Siegen (dann in Herford)<sup>58</sup> führten Korrespondenz mit anderen Landesverbänden und mit der Zonen-CDU und deren Repräsentanten. Ihre dezentralisierte Geschäftsführung widmeten sie auch dem Aufbau parteiinterner Publikationsorgane und der zentralen Ausschüsse des bis 22. Mai 1946 von den Briten anerkannten Landesverbands; unter ihnen waren die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) (für die Arbeit in den Gemeindevertretungen) und die Junge Union<sup>59</sup> (für die Gewinnung der Jugend) bedeutsam. Steup gab in Dortmund hektographierte Rundbriefe heraus. Kannengießler redigierte die ab November 1946 erscheinenden „CDU-Monatsblätter“ mit sechs Ausgaben für Westfalen. Um eine der CDU nahestehende Tagespresse war es nicht besonders gut bestellt. In Soest erschien die „Westfalenpost“, in Bielefeld die „Westfalenzeitung“. Neben die mit Lizenzschwierigkeiten kämpfenden „Ruhr-Nachrichten“ in Dortmund traten Mitte 1946 die „Westfälischen Nachrichten“ in Oelde, dann in Münster.

Die westfälische CDU war frühzeitig der mitgliederstärkste unter den sieben Landesverbänden der britischen Zone. Am 20. Mai 1946 umfaßte sie 49 Kreisverbände mit 77 844 Mitgliedern,<sup>60</sup> am 31. Dezember 1948 105 401, am 31. Dezember 1949 89 351,<sup>61</sup> am 1. Juli 1950 77 999 Mitglieder.<sup>62</sup> Die Mitgliederbestände sollten im Prinzip monatlich der Landesgeschäftsstelle gemeldet werden und beruhten teils auf Schätzungen. Die meisten Mitglieder hatte das „Industriegebiet“ aufzuweisen; es folgten Münster, die Bezirke Arnsberg und Detmold (Ostwestfalen). In der Stadt Detmold hatte die CDU im März 1950 unter ihren 800 Mitgliedern viele Rentner und Flüchtlinge zu verzeichnen.

Am Ende des hier behandelten Zeitabschnitts war ein funktionsfähiger Landesverband entstanden. Seine Bilanz war ausgeglichen, während die meisten Kreisparteien ihm gegenüber verschuldet waren. Der Landesverband umfaßte Ende 1950 51 Kreisgeschäftsstellen mit 42 hauptamtlichen und 8 ehrenamtlichen Kreis-

57 Seit 20. 8. 1946. Nur zur Hälfte besucht waren die Sitzungen dieses Vorstands 1948: Lambert Lensing an F. Holzapfel, Dortmund 6. 7. 1948 (ebd., 278, 256).

58 Paul Steup, Rundschreiben Nr. 1, Dortmund o. D. [vor 21. 11. 1945], unterz. L. Lensing (ebd., 278, 272); Paul Steup, Niederschrift über die Gesamtvorstandssitzung des Landesverbands der CDU Westfalen und Lippe am 4. 10. 1947 im Kolpinghaus in Oelde (ebd., 278, 256); *Heitzer*, 281f.

59 Vgl. Horstwalter *Heitzer*, Gründung und Entwicklung der Jungen Union bis zu den „Würzburger Beschlüssen“ 1950, in: Christoph *Böhr* (Hrsg.), Jugend bewegt Politik. Die Junge Union Deutschlands 1947 bis 1987, Krefeld 1988, 15-54.

60 Arens, CDU für die Provinz Westfalen, Hauptgeschäftsstelle, an F. Holzapfel, Dortmund 20. 5. 1946 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 272).

61 Paul Steup, CDU für Westfalen, Landesgeschäftsstelle, Jahresbericht 1949, 1-30, Anlage 1: Statistik über die Entwicklung des Landesverbands Westfalen (ebd., 278, 257). Vgl. *Heitzer*, 768.

62 Geschäfts- und Kassenbericht der Christlich-Demokratischen Union für Westfalen/Lippe, Jahresbericht 1950. „Streng vertraulich“ (ebd., 278, 254), siehe Anlage.

geschäftsführern; eine Stelle war unbesetzt. Die Anstellung hauptamtlicher Geschäftsführer wurde mit deren hohen Arbeitsanforderungen begründet, die „im wesentlichen der Tätigkeit eines mittleren/gehobenen Beamten“ entspreche.<sup>63</sup> Deshalb komme je nach Ausbildung und Bewährung eine Einstufung in die Besoldungsgruppen VIb bis IV in Frage; auch müsse die Möglichkeit zum Abschluß einer Lebensversicherung angeboten werden. 23 der hauptamtlichen Geschäftsführer konnten zentral vom Landesverband aus Erträgen des „Westfälischen Monatsblatts“, dem Nachfolger des „CDU-Monatsblatts“, finanziert werden. Hauptsächlich durch Firmen-Annoncen erwirtschaftete das „Westfälische Monatsblatt“ einen im voraus kalkulierbaren Überschuß. Zur „Stärkung der Organisation“ des Landesverbands, zur Mitwirkung an dessen „politischer Willensbildung“ und zur „Erarbeitung gemeinsamer Richtlinien vor allem auf kommunalpolitischer Ebene“ wurden die Kreisgeschäftsführer zu einer Sekretariatsgemeinschaft zusammengefaßt. Gleichzeitig wurden die vier selbständigen Bezirksorganisationen in Bezirksarbeitsgemeinschaften umgewandelt und wurde ein Vorstand der Sekretariatsgemeinschaft „mit regionaler Vertretung der vier Bezirksarbeitsgemeinschaften gewählt“.<sup>64</sup> Das heißt, der Landesverband wollte nicht nur die unsichere Stellung der Kreisgeschäftsführer bessern, sondern sie auch näher an die Zentrale binden. Er gedachte sie zudem stärker zu politisieren, was hinsichtlich der Kommunalpolitik, aber auch der von den Kreisparteien mit aufzustellenden Landtagskandidaten notwendig schien.

Die Landesverbände Rheinland und Westfalen vereinbarten am 21. November und am 20. Dezember 1949 die Bildung eines gemeinsamen Arbeits- und Koordinierungsausschusses, in den jeder der beiden Landesverbände sechs Mitglieder seines geschäftsführenden Vorstands entsandte. Dem Ausschuß wurde ein Beirat aus den Vorsitzenden der jeweils auf Landesebene anerkannten Fachausschüsse beigegeben. An den Sitzungen durften beide Landesgeschäftsführer und der Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag teilnehmen. Als Vorsitzende wurden Dr. Karl Müller (Bonn) und Ernst Bach (Siegen) gewählt. Indes bestand die Selbständigkeit der Landesverbände fort, obwohl die gemeinsame Landtagsfraktion eine weitere Klammer darstellte.

### III

Die Zusammenarbeit der Konfessionen gestaltete sich innerhalb des Landesverbands, vor allem in dessen unteren Gliederungen, den Kreisverbänden, manchmal recht schwierig. Bei der von Hemer ausgehenden Gründung der CDU des Kreises Iserlohn versammelten sich 32 Personen im Wichelhofenhaus, darunter auch eine evangelische Gruppe. Nach dem Zeugnis des katholischen Initiators dieser Grün-

63 Geschäfts- und Kassenbericht (wie Anm. 62), 4.

64 Geschäfts- und Kassenbericht (wie Anm. 62), 13.

dung, Dr. Kleffner, war „auf beiden Seiten“ eine „große Bereitschaft“ vorhanden, aufeinander zuzugehen. Kleffner hatte ein Mitglied des evangelischen Kreises der Gründungsversammlung, Heinrich Husemann, zum Vorsitzenden vorgeschlagen. Da in Iserlohn konfessionell bedingte Differenzen aufkamen, entwickelte Kleffner 1949 Richtlinien für die Verteilung der Parteiämter zwischen Katholiken und Protestanten. Seiner Meinung nach sollten in überwiegend katholischen Kreisen katholische Vorsitzende, in überwiegend evangelischen Kreisen evangelische Vorsitzende gewählt werden. „Grundvoraussetzung sei die Parität“, bei konfessioneller Ausgewogenheit der Mitglieder- oder Wählerschaft dürften Machtansprüche nicht den Ausschlag geben.<sup>65</sup>

In der Tat war die Einbeziehung evangelischer Christen in die interkonfessionelle Partei von struktur- und mentalitätsbedingten Problemen belastet, die durch Appelle nicht aus der Welt zu schaffen waren. Evangelische Mitglieder konnten leichter, wenn auch im Grunde unverschuldet, in die Mühlen der Entnazifizierung geraten. Ein illustratives Beispiel dafür liefert der Fall des evangelischen Vorstandsmitglieds Otto Rippel. Er wurde in Siegen durch den Kommissar der Britischen Militärregierung vom politischen Leben ausgeschlossen, weil bestimmte Passagen seines 1941 erschienenen Buches „Das Werden des britischen Weltreiches“ als anstößig erschienen. Rippel bat Holzapfel um Verwendung bei der Militärregierung; Er habe versucht, entgegen der Zeittendenz sachlich zu schreiben und sei als Mitglied des CSVD, weil er religiöse Bücher und Zeitschriften verlegt habe, von den Nationalsozialisten bedrängt und verfolgt worden.<sup>66</sup> Tätigkeiten als Jugendwart, Parteienanwartschaft statt Parteimitgliedschaft bei der NSDAP und unfreiwillige Übernahmen in die SS erregten den Argwohn der Entnazifizierungsbehörden. Es stellte sich der unerwünschte Nebeneffekt ein, daß sich bei der Bevölkerung unangebrachtes Mitleid mit den angeblich von den Besatzungsbehörden verfolgten Nationalsozialisten regte.<sup>67</sup> Gegen die Mitgliederwerbung für die CDU wurden aus der evangelischen Bevölkerung Argumente vorgebracht, die sehr deutlich von der Gegenwartssituation hervorgerufene Reserven und Ängste widerspiegeln. Das Beispiel der Entnazifizierung schreckte vor der politischen Tätigkeit und vor dem Eintreten für Parteien ab. Furcht vor den Kommunisten wurde laut; wenn diese, wie zu erwarten, bald kämen, würde man wieder dafür bestraft, in der falschen Partei gewesen zu sein.<sup>68</sup> Da in der Weimarer Republik eine der „Volksbewegung“ des politischen Katholizismus

65 Niederschrift über die erweiterte Vorstandssitzung am 5. 2. 1949 nachm. 15 Uhr in Iserlohn (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 140).

66 Otto Rippel an F. Holzapfel, Hagen 15. 6. 1946 (ebd., 278, 312). Das Buch trug den Untertitel: Eine Anklage gegen England, Siegen, Leipzig 1941.

67 F. Holzapfel an Helmut Wangrin, Herford 5. 7. 1946 (ebd., 278, 64), weiteres Material ebd., 278, 140 und 313). Vgl. Irmgard Lange (Bearb.), Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation, Siegburg 1976.

68 Helmut Kaufhold an F. Holzapfel, Gütersloh 1. 5. 1946 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 187).

entsprechende Organisation des politischen Protestantismus nicht existiert hatte, waren die Unionsparteien darauf angewiesen, in den evangelischen Mitbürgern, die sie als Wähler und Mitglieder gewinnen wollten, Menschen mit einer mehr nationalen Einstellung anzusprechen.<sup>69</sup> Der Zustrom aus protestantischen Kreisen wurde durch zwei immer wieder geäußerte Verdächtigungen behindert. Der Pakt mit den nationalen Protestanten ließ die CDU bei einem Teil der Katholiken als reaktionär erscheinen.<sup>70</sup> Stellte sich aber der Zustrom von Evangelischen in der Tat nur zögernd ein oder wurde die Repräsentanz von Evangelischen unter den Mandats- und Funktionsträgern der Partei vernachlässigt, dann ließ sich die CDU in gemischt-konfessionellen Gebieten wie Ostwestfalen leicht wieder als eine rein katholische Partei ausgeben, die nur unter dem Mäntelchen des Interkonfessionalismus auftrat.<sup>71</sup> Abgesehen davon glaubten katholische CDU-Mitglieder bei den Protestanten neben der allgemeinen Parteiverdrossenheit auch Mentalitätsverschiedenheiten bemerken zu können: eine mehr patriarchalische Ausrichtung des protestantischen Bevölkerungsteils,<sup>72</sup> eine stärkere Neigung zu den Linksparteien, ein verständliches Sich-Sträuben dagegen, daß unter den gegebenen parteipolitischen Verhältnissen die Protestanten sich mit einer Teilung oder mit dem Aufgeben ihrer jahrzehntelang ausgeübten Vorherrschaft abfinden müßten.<sup>73</sup> Nach Meinung von Holzapfel nahestehenden Parteikreisen spielte dagegen der Eklat um Martin Niemöller eine „außerordentlich kleine“ Rolle.<sup>74</sup>

Wollte die CDU nun ihrem interkonfessionellen Ansatz treu bleiben, und das mußte sie tun, wenn sie Mehrheitspartei bleiben oder werden wollte, dann ergaben sich aus der geschilderten Problemlage bestimmte organisatorische und ideelle Konsequenzen. Wie von Anfang an, so mußten die Katholiken, „die ersten

69 W. Mogge, Kreisgeschäftsführer der CDP des Stadt- und Landkreises Iserlohn, an F. Holzapfel, Iserlohn 8. 12. 1945 (ebd., 278, 140). Eine Zuschrift an Holzapfel aus Recklinghausen vom 29. 7. 1946 übte Kritik an der zu katholischen Darstellung des Bischofs Clemens August von Galen in der „Westfalenpost“, wo Galens deutsche Haltung und sein Eintreten gegen die Besatzungsmächte verschwiegen würden (ebd., 278, 64). Zu Galen: Peter Löffler (Bearb.), Bischof Clemens August Graf v. Galen. Akten, Briefe und Predigten 1933-1946, Bd. 1-2, Mainz 1988; II, 1241 Anm. 1.

70 W. Mogge (wie Anm. 69); CDU Kreis Halle i. W., Wer fürchtet sich vor dem schwarzen Mann? 8.46 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 139).

71 v. Keudell an F. Holzapfel, Lüneburg 30. 10. 1950 (ebd., 278, 141); vgl. Heinrich Wehking an F. Holzapfel, Friedewalde-Wegholm 22. 6. 1950 (ebd., 278, 64); Zusammenkunft eines vorläufigen Vorstands der CDP in Hamm am 9. 10. 1945 (ebd., 278, 272); Niederschrift über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstands am 3. 5. 1947 im Hotel Krone in Oelde (mit Gronowski, Holzapfel, Zillken, Boelitz, Bitter, Feldmann, Stier, Sträter, Lensing, Blank, Raskop, Rippel, Kannengießler, Hoppe, Jöstingmeier, Hausknecht, Lindner, Steup) (ebd., 278, 256).

72 Erklärung von Wilhelm Werthmann, Kreisgeschäftsführer der CDU Höxter, Höxter 23. 6. 1949 (ebd., 278, 140).

73 So in Höxter. Wilhelm Werthmann an F. Holzapfel, Höxter 31. 12. 1946 (ebd.).

74 v. Keudell (wie Anm. 71). Von Niemöller, „Wortführer der Bruderschaften der Bekennenden Kirche“, stammte das Diktum, die Bundesrepublik sei „im Vatikan gezeugt und in Washington geboren“ (1949); er richtete scharfe Angriffe gegen Adenauers Sicherheitspolitik. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957, Stuttgart 1981, 123f.

„Jünger“ der CDU“, weiterhin den Evangelischen entgegenkommen.<sup>75</sup> Praktisch konnte das bedeuten, auf Paritätsüberlegungen und Kampfabstimmungen zur Durchsetzung von Paritäten zu verzichten, obwohl der katholische Bevölkerungsteil, wie es etwa für Höxter und Iserlohn bezeugt ist, „in der Breite und Tiefe“ stärker der CDU zuneigte und auch bereit war, ein höheres Maß an Organisations- und Parteiarbeit zu übernehmen. Dem Faktum, daß die „CDU-Idee“ noch nicht tief genug verwurzelt war, mußte auf diese Weise Tribut gezollt werden.

Was die ideelle Reaktion auf die geschilderten Schwierigkeiten betrifft, so sind wir darüber besser unterrichtet als über die praktischen Probleme und Rivalitäten vor Ort in den Kreisverbänden. Der Goslarer CDU-Vorsitzende Otto Fricke, der vor 1933 Mitglied der DNVP gewesen war, suchte mit Holzapfel ein internes Verständnis darüber anzubahnen, daß die nun der CDU angehörenden evangelischen Mitglieder der früheren DNVP den Nationalsozialismus hätten abwehren wollen: Auch er sei Mitglied der DNVP gewesen, „weil ich sicher mit ihnen derzeitig der Überzeugung war, daß in der Stärkung eines maßvollen nationalen und vaterländischen Kurses das letzte Sicherheitsventil gegenüber der anbrandenden Welle des nationalsozialistischen Sturmes zu finden wäre“.<sup>76</sup> Die innere Gemeinsamkeit der Abwehr, zu der evangelische und katholische Christen in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gefunden hätten, wurde immer wieder betont. Eine CDU-Wahlpost aus Niedermarsberg vom 22. März 1947 zitierte aus dem Ostergruß der Bekennenden Kirche von 1940 und nannte diesen ein „Dokument der gleichen grundsätzlichen Haltung der in der CDU vereinten Vertreter der beiden christlichen Konfessionen“.<sup>77</sup> Im Kampf gegen den Nationalsozialismus „standen die katholische und die evangelische Kirche in derselben Linie der Abwehr“.<sup>78</sup> Die Christen könnten sich nicht wiederum in eine Abstinenzhaltung gegenüber allem Politischen zurückziehen. Die Quintessenz der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus laute auch für die Kirche, daß sie „zu den brennenden politischen Fragen Stellung nehmen“ müsse. Für „die große Linie einer gemeinsamen Politik in einer christlichen Partei“ konnten nach Boelitz' Meinung Protestanten nur gewonnen werden, wenn es gelang, entweder ihre Tendenz zur Abstinenz von jeder Parteipolitik<sup>79</sup> oder ihre Neigung zum „religiö-

75 Wilhelm Werthmann an F. Holzapfel, Höxter 31. 12. 1946 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 140) auch zum Folgenden; vgl. *Schwarz*, 122.

76 Otto Fricke an F. Holzapfel, Goslar 7. 6. 1946; vgl. ders. an dens., Goslar 26. 7. 1946 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 139).

77 CDU Wahlpost. Nachrichtenblatt der CDU Folge 13, Niedermarsberg 22. 3. 1947 (ebd., 278, 141).

78 Otto Boelitz, Als evangelische Christen in der Union, in: Westfalenpost Nr. 41 v. 21. 5. 1945, auch zu den folgenden Zitaten.

79 So der Tenor eines Referats von Prof. Dr. Hammelsbeck (Arbeitskreis Evangelische Akademie Wuppertal-Wichlinghausen) bei einer Zusammenkunft mit der CDU in Detmold am 4. 10. 1947:

sen Sozialismus“ zu überwinden. Bereits 1945 versicherte Boelitz Lensing „der absoluten Loyalität“ evangelischer Kreise. „Wir alle stellen uns bewußt auf den Boden des Programms: Gemeinsame Arbeit der beiden Konfessionen unseres Vaterlandes; keine Vermengung der Konfessionen, sondern gegenseitige Hochachtung vor der religiösen Überzeugung des anderen und Herausarbeitung dessen, was uns gemein ist und nicht dessen, was uns dogmatisch trennt ...“<sup>80</sup>

Diese neu erstrebte Gemeinsamkeit wurde auf ein gewachsenes Kulturerbe bezogen, auf das es zurückzugreifen gelte. Die Trennung zwischen dem „religiösen“ und dem „politischen Bewußtsein“ sollte beseitigt werden.<sup>81</sup> Die von den Konfessionskirchen säkularisierten Parteien sollten doch deren „Mahnung“ hören.<sup>82</sup> Den „Kampf gegen den Nihilismus“ gelte es fortzuführen.<sup>83</sup> Das politische Leben sollte von den Menschen christlicher Kulturprägung gestaltet, statt sich selbst überlassen bleiben. In einem Kulturprogramm, das er vor 53 CDU-Mitgliedern evangelischer Konfession zur Diskussion stellte, befürwortete Boelitz die Besinnung auf das „reiche deutsche kulturelle Leben“, eine in christlichem Geist unternommene „neue soziale Gestaltung“ und „Versöhnung der Klassen“, die Ablehnung von „Individualismus“ und „Kollektivismus“, die Wahrnehmung der Verantwortung, die der Mensch vor Gott, seinem Volk und seiner Geschichte trage.<sup>84</sup>

Ein konkreter Anstoß zur Praktizierung interkonfessioneller politischer Gemeinsamkeit ging von der Besinnung auf das Erbe der evangelischen Christlich-Sozialen und auf das Scheitern der interkonfessionellen Bemühungen der Deutschen Zentrumspartei in der Weimarer Republik aus. Diese Erinnerung wurde als Verpflichtung interpretiert, „auf einer positiv christlichen Grundlage“ zu stehen. Da diese von der Kommunistischen und von der Sozialdemokratischen Partei „zum erheblichen Teil“ abgelehnt werde, sei es notwendig, eine Partei mit „christlich-sozialer und christlicher Grundlage“ zu schaffen.<sup>85</sup> Hier handelte es sich mehr um historische Vergewisserung für das Einschlagen eines neuen Kurses<sup>86</sup> als um die Wiederaufnahme und Fortführung eines intakten, aber begrenzten parteipolitischen Erbes. Auch eine evangelische Arbeiterbewegung nennenswerten Umfangs konnte in Deutschland nicht wiederbelebt werden, obwohl evangeli-

Forderung nach gänzlicher „Freigabe“ des politischen Raums durch die Kirche; Christentum allein durch Liebe zu verwirklichen (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 272).

80 Otto Boelitz, CDP Soest, an Lambert Lensing, Soest 15. 10. 1945 (ebd., 278, 272).

81 F. Holzapfel, Politik aus christlicher Verantwortung (wie Anm. 53).

82 Wie Anm. 78.

83 Wie Anm. 78.

84 Ausarbeitung von Boelitz, 6.1948 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 141).

85 Ausarbeitung „Christlich-sozial“, Juni/Juli 1945 (Kopie) (ebd. 278, 272).

86 Sechs-Punkte-Programm „Was wollen wir?“ [1946] (ebd., 278, 141): „grundsätzlich neuer Anfang“.

sche Arbeitnehmerverbände mit Vertretungen in den Niederlanden, in der Schweiz und in den USA gegenüber der, wie sie angaben, „sozialistisch-kommunistisch“ orientierten gewerkschaftlichen Einheitsbewegung eine evangelische Gewerkschaftsbewegung aufrichten wollten, die den Arbeiter zu selbstverantwortlicher Stellung im Betrieb und zur Ausgestaltung eines gerechten Verhältnisses zwischen Arbeiter und Unternehmer aufrief.<sup>87</sup>

Wie ein Blick auf die Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse in den ostwestfälischen Kreisen und Städten zeigt, gelang wohl ein Einbruch in die protestantische Wählerschaft bis 1950, aber die Konfessionszugehörigkeit blieb insofern ein Traditionsfaktor, als sich hohe katholische Bevölkerungsanteile stärker in CDU- oder Zentrumsstimmen und sehr überwiegend evangelische Bevölkerungsanteile sich in hohen SPD-Wahlanteilen und geringeren Mitgliederzahlen für die CDU niederschlugen. So hatte das ganz überwiegend katholische Warburg 1950 fast genauso viele CDU-Mitglieder aufzuweisen wie das fast fünfmal größere protestantische Bielefeld. Der Kreis Höxter, überwiegend katholisch, hatte mit annähernd 100 000 Einwohnern mehr als dreimal so viele CDU-Mitglieder wie Lübbecke, überwiegend protestantisch, mit 80 117 Einwohnern. Untypisch hohe CDU-Mitgliederzahlen hatten Minden und Herford, was mit ehemals christlich-sozialen und DNVP-Anteilen in diesen evangelischen Gebieten zusammenhängen mag. Insgesamt hatte das überwiegend evangelische Ostwestfalen, obwohl es von den vier CDU-Bezirken die zweitgrößte Einwohnerzahl hatte, die geringste Mitgliederzahl aufzuweisen, die allerdings nur einen geringen Anteil an der CDU-Wählerschaft ausmachte. Auffällig hoch blieben in allen überwiegend katholischen Kreisen Ostwestfalens, das waren Büren, Höxter, Paderborn, Warburg und Wiedenbrück, die Anteile des Zentrums (es war bei den Bundestagswahlen 1949 stärkste Gruppe unter den zwischen 14,2 und 28,7 % umfassenden kleinen Parteien), so daß die CDU hier ihre „geborene“ Überlegenheit über die SPD nicht voll ausschöpfen konnte. In diesen Kreisen überwog auch durchweg der Anteil der Land- und Forstwirtschaft.<sup>88</sup>

87 Vgl. Botschaft der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Arbeitnehmerverbände an die erste Generalversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen Amsterdam 1948, S. 47 (ebd., 278, 63). Hinweise auf die Vereinigung evangelischer Arbeiter und Gewerkschaftssekretäre e.V. (Guter Kamerad), gegr. 1904, ebd., 278, 63. In ihren ersten Jahren waren die evangelischen Arbeitervereine leidenschaftliche Gegner des Zentrums und der Sozialdemokratie (Günter *Brakelmann*, Die Anfänge der Evangelischen Arbeitervereinsbewegung in Gelsenkirchen 1882-1890, in: *Dürwell, Köllmann*, II, Von der Reichsgründung bis zur Weimarer Republik, Wuppertal 1984, 40-55, 50f.).

88 Siehe die Tabellen im Anhang. Vgl. zur Bevölkerungsstruktur: Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, hrsg. vom Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalen, H. 2, Gemeinde-statistik des Landes Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 in den Kreisen, Gemeinden und Ämtern, Düsseldorf 1949, 48ff.; zu den Wahlen vor und nach 1933/45 Beiträge (wie vor) H. 244, 50 Jahre Wahlen in Nordrhein-Westfalen 1919-1968, Düsseldorf 1969, 40f., 72f., 78 (Bundestagswahlen 1949), 100, 106; *Kohl*, Westfälische Geschichte, III.

## IV

In der neugegründeten und von den Engländern in ihrer Zone zugelassenen Zentrumsparlei erwuchs der CDP/CDU bis in die fünfziger Jahre ein beachtlicher und infolge innerer Verwandtschaft unangenehmer Gegner. Rudolf Amelunxen, Johannes Brockmann, Bernhard Reismann, Karl Spiecker, Fritz Stricker, Helene Wessel und andere prominente frühere Zentrumsmitglieder erhoben den Anspruch auf die Nachfolge Ludwig Windthorst und bekämpften die überkonfessionelle Parteibildung unter Berufung auf die unverfälschte Zentrumstradition.<sup>89</sup> Ihre Hauptargumente waren: Die Neugründung sei illegitim, von innerer Notwendigkeit nicht geboten. Durch die Aufnahme nationalistischer evangelischer Elemente verschreibe sich die CDU der „Reaktion“.<sup>90</sup> War dieses Argument auf Katholiken berechnet, so sollte auf Protestanten der Einwand wirken, die CDU sei ein verkapptes Zentrum.<sup>91</sup> Doch anders als das wahre Zentrum vermenge die CDU Christentum und Politik; der politische Raum müsse aber von inadäquatem Einfluß frei bleiben. Zugleich wurde die Möglichkeit, für politische Zwecke von einer einheitlichen christlichen Weltanschauung auszugehen, bestritten. Karl Spiecker ließ nur die katholische Weltanschauung als einheitliches Phänomen gelten und berief sich auf das Naturrecht als die „Minimalgröße“ politischer Zusammenarbeit;<sup>92</sup> die überkonfessionelle „Mischehe“ wurde abgelehnt. Was das eigentlich politische Terrain betraf, so nahm das neue Zentrum in der Schul- und Kulturpolitik – zumindest verbal – eine eher an frühere Zentrumspositionen erinnernde kompromißlose Haltung ein. Sozialpolitisch vertrat es zum Sozialismus tendierende Positionen wie „Einschränkung des Großgrundbesitzes“, „Verstaatlichung der Bodenschätze“ und Kontrolle der Großindustrie.<sup>93</sup> Damit hoffte es, für den linken Flügel der CDU und dessen Wähler attraktiv zu werden. Faktisch trat das neue Zentrum bei der Vergabe kommunalpolitischer Ämter öfters auf die Seite der SPD, so in Haltern, Altenbeken, Olpe, Bottrop, Bornholte, Arnsberg/Stadt, Lippstadt, Waltrop, Warendorf, Attendorn, Brilon/Stadt, Büren;<sup>94</sup> schon während der Gründerphase hatte es Konflikte, so in Recklinghau-

89 Heitzer, 639-652; Gisela Schwarze, Eine Region im demokratischen Aufbau. Der Regierungsbezirk Münster 1945/46, Düsseldorf 1984, 83-101. 252 u. ö., Ute Schmidt, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987.

90 W. Mogge (wie Anm. 69); Flugblatt der CDU des Kreises Soest (wie Anm. 48).

91 CDU Kreis Halle/W. Wer fürchtet sich vor dem schwarzen Mann? Aug. 1946 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 139).

92 Zit. nach Detlef Hüwel, Karl Spiecker, in: Walter Först (Hrsg.), Zwischen Ruhrkontrolle und Mitbestimmung, Köln, Stuttgart 1982, 145-177, 167; vgl. Schmidt, Zentrum, 193f.

93 Hüwel, Spiecker, 166, 168.

94 Paul Steup, CDU für Westfalen, Landesgeschäftsstelle, Bericht über Vorkommnisse bei der Wahl von Landräten, Amtsbürgermeistern, Bürgermeistern etc., Dortmund 30. 12. 1949 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 257); Vgl. Schwarze, Region im demokratischen Aufbau, 283.

sen, Lippstadt und Soest, gegeben. In den angegebenen Fällen (außer Bottrop) kostete dies die CDU die Mehrheitsposition und die damit verbundenen Posten, obwohl sie stärkste Partei geworden war. Bei der Wahl des Stadtdirektors in Höxter 1946 wurden zwei Kandidaten der CDU jeweils von den ihrer Konfession angehörigen Mitgliedern, die sich in etwa gleich stark gegenüberstanden, gewählt, wobei der evangelische CDU-Kandidat von der SPD, der katholische vom Zentrum unterstützt wurde, das so seine Macht demonstrierte.<sup>95</sup>

Den Argumenten des neuen Zentrums setzte die CDU Westfalens den großen Komplex zeitgeschichtlicher Erfahrung entgegen: Die Basis des früheren Zentrums sei bis 1933 immer schmaler geworden. Die Voraussetzungen für die „einflußreiche Mittelstellung“, das Spielen des „Züngleins an der Waage“, seien mit der Abdankung einer radikalen Rechten nach 1945 entfallen.<sup>96</sup> Zudem laufe die mit einer solchen Stellung verbundene „Schacher- und Kuhhandelpolitik“ auf eine unpolitische Selbstbeschränkung hinaus, da das Ziel einer Partei in der Eroberung der Regierung oder in der möglichst starken Teilnahme an einer Regierungskoalition bestehen müsse. Das neue Wahlrecht Nordrhein-Westfalens begünstige auch die großen Parteien. In der Substanz bekenne man sich zu den Ideen des alten Zentrums selbst „der vielgelästerten Systemzeit“. Darum mache man „nur Ernst mit einer alten programmatischen Forderung“ des Zentrums und Windthorsts, wenn das Zusammengehen mit den Protestanten, das schon in der christlichen Gewerkschaftsbewegung der Kölner Richtung Vorläufer habe, praktiziert werde. Dabei werde keinem „konfessionellen Mischmasch, ... keinem irgendwie gearteten rationalistischen Deismus“ das Wort geredet: „Wir wollen die gemeinsamen christlichen Werte beider Konfessionen aufs stärkste betonen, dabei natürlich dem Eigenwert gläubigen Kirchentums jeder der beiden Konfessionen gerecht werden.“<sup>97</sup> Die staatsbürgerliche Verpflichtung gebiete, „den politischen Heimatlosen, soweit sie nicht reaktionär sind, eine neue politische Heimat zu geben.“<sup>98</sup> Die Auseinandersetzung mit Ideen der „gesunden politischen Kräfte des protestantischen Volksteils“ könne befruchtend wirken; für Führungspositionen würden aber etwa frühere Anhänger Hugenbergs nicht in Frage kommen.<sup>99</sup> Den Vorwurf der Illegitimität und des Vorgriffs suchte man durch Hinweise auf die zur Entscheidung drängende Stimmung schon im August/September 1945 und auf die Unmöglichkeit, unter allen vom Nationalsozialismus nicht belasteten Zentrums-

95 Wilhelm Werthmann an F. Holzapfel, Höxter 31. 12. 1946 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 140).

96 Dieses und die folgenden Zitate aus der Schrift des Diözesanpräses Dr. Caspar *Schulte* (Paderborn), *Zwei Parteien im christlichen Deutschland. Zentrum und Christlich-Demokratische Union. Einige Gedanken zu ihrer Geschichte, zu ihrer gedanklichen Begründung und zur Möglichkeit ihres Nebeneinanderarbeitens* (im Besitz des Verf.).

97 Referat von Boelitz auf der ordentlichen Mitgliederversammlung des Vereins Union Presse am 9./10. 10. 1948 (wie Anm. 47).

98 *Schulte*, *Zwei Parteien im christlichen Deutschland*.

99 Ebd.

mitgliedern eine Abstimmung herbeizuführen, zu entkräften. Auch wurde hervorgehoben, das neue Zentrum spreche mehr die linksorientierten Kräfte des früheren an, gehe teils mit der SPD zusammen und verspreche ihr seine Stimmen im Falle politischer Wirkungslosigkeit.<sup>100</sup> Die Beispiele, die standfeste, dem Nationalsozialismus gegenüber integre evangelische Persönlichkeiten wie Ernst Bach, Otto Boelitz, Otto Rippel, Wilhelm Lindner, Friedrich Holzapfel und die die evangelischen Gebiete Frankens, Badens, Württembergs und Hessens mit ihrer Entscheidung für die CDU gegeben hätten, müssten in Westfalen nachgeahmt werden.<sup>101</sup> Gronowski bezweifelte die Glaubwürdigkeit des „neuen Zentrums (Jahrgang 1945)“, <sup>102</sup> wenn es in seinen Versammlungen Heinrich Brüning und Adam Stegerwald angreifen ließ; beide waren allerdings für die neue Partei eingetreten.<sup>103</sup> Auch wurde auf die internationalen Vorgänge christlicher Parteibildung in den vierziger Jahren hingewiesen, die dem Vorgehen in Deutschland entsprächen.<sup>104</sup>

Eine stärkere, programmatisch begründete Polarisierung prägte sich indes zwischen CDU und SPD aus. Darauf wies schon jener durchgehende Zug der Unionskritik am neuen Zentrum hin, der den im Grunde Gleichgesinnten abweichendes Verhalten, das Paktieren mit den Sozialdemokraten, anlastete. Die „linken Parteien“ erschienen in Verlautbarungen der CDU oft als geeint, als Vertreter gleicher oder ähnlicher Weltanschauung. Dieser wurde von Anbeginn der Anti-Materialismus der eigenen Kulturauffassung entgegengehalten. Auch der Heimatgedanke wurde gegen die Ideologie des Sozialismus ausgespielt: „Die Wahl am 20. April soll erweisen, ob über unserem neuen Staat die grün-weiß-schwarze Flagge des ehemaligen christlichen Herzogtums Westfalen oder die von Marx und Engels vor hundert Jahren gehißte rote Fahne des Kommunistischen Manifests wehen soll.“<sup>105</sup> Trotz der rhetorischen Übertreibung erscheint die

100 Der Vorstand der CDU im Kreise Soest, Otto Boelitz, Soest 12. 8. 1946 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 142).

101 CDU Kreis Halle/W., Aug. 1946 (wie Anm. 91).

102 Ebd. Das ging bis zur Bezweiflung der Identität der „Neuzentrumsleute“ mit der früheren Deutschen Zentrumspartei. Wilhelm Werthmann, CDU Kreis Höxter, an F. Holzapfel, 2. 10. 1946 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 140).

103 Vgl. Rudolf *Morsey*, Brünings Kritik am politischen Wiederaufbau in Deutschland 1945-1955, in: Joseph *Listl*, Herbert *Schambeck* (Hrsg.), *Demokratie in Anfechtung und Bewährung*, Festschrift f. Johannes Broermann, Berlin 1982, 283-299, 284; Peter *Herde*, Die Unionsparteien zwischen Tradition und Neubeginn. Adam Stegerwald, in: Winfried *Becker* (Hrsg.), *Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland*, Köln, Wien 1987, 245-295; Leo *Schwering*, Stegerwalds und Brünings Vorstellungen über Parteireform und Parteisystem, in: Ferdinand A. *Hermens*, Theodor *Schieder* (Hrsg.), *Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik*, Festschrift für Heinrich Brüning, Berlin 1967, 23-40.

104 Wesentliche Argumente zusammengefaßt im (fingierten) Brief eines „Parteifreundes an einen Zentrumsmann“, in: Paul Steup an Kreisvorstände der CDU für Westfalen, Dortmund 1. 4. 1947 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 256).

105 CDU Wahlpost (wie Anm. 77); vgl. Die CDU-Mitglieder des Kreistages Halle (wie Anm. 56).

Ablehnung von Vorstellungen des Klassenkampfes und Klassenstaats als glaubhaft, wenn schon in der Auseinandersetzung mit dem neuen Zentrum die Bedeutung der berufsständischen Ordnungsvorstellungen und der „Arbeiterfrage“ gegenüber der durch den Krieg bewirkten sozialen Umschichtung relativiert wurden: Nach dem Kriege verlangten „neue Stände“ nach Einbau in die Gemeinschaft: „der Stand der Ausgebombten, der Ostflüchtlinge, der Kriegsversehrten“.<sup>106</sup> Angesichts mancher massiv kirchenfeindlicher Äußerungen der SPD und der bei ihr zu beobachtenden Wiederbelebung sozialistischen Gedankenguts<sup>107</sup> vermochte die Propagierung eines „christlichen Kulturbewußtseins“<sup>108</sup> gruppen- und identitätsbildend zu wirken. Bis zur ersten Regierungsbildung im Weststaat traten dann konkrete Differenzen zwischen die beiden stärksten Parteien.

## V

Die Behebung der Not und die Wiedereingangssetzung der Wirtschaft wurden von vielen als wichtigste Probleme der Nachkriegsjahre angesehen. Die Parteien waren genötigt, zu ihrer Bewältigung Programme vorzulegen und Versprechungen zu machen. Im Frankfurter Wirtschaftsrat der Bizone fielen zwischen 1947 und 1949 wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen, wurde die kleine Regierungskoalition von 1949 vorbereitet.<sup>109</sup> Die wirtschafts- und sozialpolitischen Aussagen und Handlungen der CDU, auch der britischen Zone, gingen nicht von einem festen, abgerundeten Programm aus, sondern entwickelten sich. Die katholische Soziallehre<sup>110</sup> und die Zentrumsprogrammatik legten den ersten Grund für Zielvorstellungen, die um das Problem der Wiederherstellung sozialer Gerechtigkeit und der Vermeidung wirtschaftlicher Machtkonzentration kreisten. Das Ahlener Programm vom 3. Februar 1947 lehnte Diktatur-Gedanken auch auf wirtschaftlichem Gebiet ab. Unter dem maßgeblichen Einfluß des

106 *Schulte*, Zwei Parteien im christlichen Deutschland.

107 Adolf *Leibner*, Kirche und Sozialismus, in: Sozialistische Rundschau. Mitteilungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bezirk Ost-Westfalen und Lippe, Nr. 20, 2. Jg., 1. 2. 1947 (Auszug): Kirchliche Bindung entspreche überholten „bürgerlichen Anschauungen“ ... „Die Kirche ist und bleibt der ärgste Feind. Sie erzieht die Menschen zu Fatalisten und macht sie zu geistigen Krüppeln“.

108 CDU Kreis Detmold (wie Anm. 51); vgl. Aufruf an die christlichen Männer und Frauen im Kreise Coesfeld, Johann Dieker, Kreisvorsitzender (ACDP, II-043-072/1).

109 Siehe etwa Sitzungen vom 10. 1. 1949, 16. 1. 1949, 27. 8. 1949. Rainer *Salzmann* (Bearb.), Die CDU/CSU im Frankfurter Wirtschaftsrat. Protokolle der Unionsfraktion 1947-1949, Düsseldorf 1988, 325, 329, 442f., Einleitung 26-28.

110 Vgl. Rudolf *Uertz*, Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945-1949, Stuttgart 1981; Franz *Focke*, Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU, Wuppertal 1978.

protestantischen Wirtschaftsexperten Ludwig Erhard<sup>111</sup> und vor dem Hintergrund einer zeitbedingten Annäherung von Ordo-Liberalismus und katholischer Soziallehre wurde das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft entfaltet, in den Düsseldorfer Leitsätzen von 1949 niedergelegt und damit ins erste Bundeswahlprogramm der Unionsparteien aufgenommen.

Zweiter Vorsitzender der CDU der britischen Zone und des Landesverbands Westfalen-Lippe, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Wirtschaftsrat, erschien Holzapfel vielen Menschen und Institutionen als geeigneter Ansprechpartner seiner Partei gerade in den alle bedrängenden wirtschaftlichen Nöten. Diese Stellung, seine persönliche Integrität, seine Konfession und seine mittelständische Herkunft ebneten ihm den Weg zu Kontakten nicht nur im unmittelbaren Umkreis seines Wohnsitzes und engeren Wirkungskreises, sondern darüber hinaus. Die in Holzapfels Nachlaß verwahrten Korrespondenzen und Parteiakten vermitteln den Eindruck einer zentralen Anlaufstelle besonders in wirtschaftspolitischen Fragen.<sup>112</sup>

Durch die Ortsabteilung Herford des Vereins deutscher Diplom-Handelslehrer wurde Holzapfel über die Erwartung unterrichtet, daß eine Besinnung auf neue Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher und sozialer Ordnung unerlässlich sei. Die wirtschaftspädagogische Tagung dieses Vereins erhob 1947 in Düsseldorf die Forderung nach einer „neuen Wirtschaftsordnung“. In ihr sollten Unternehmer und Arbeiter „gleichberechtigte Partner“ sein, sollte sich der Unternehmer nicht mehr am Gewinn, sondern an „den Maßstäben des Gemeinwohls“ ausrichten. „Die Chance des Nullpunktes“ müsse genutzt werden: „salus publica lex suprema esto“.<sup>113</sup> Nach dem Vorbild Kanadas, der USA, der Refugiés und Emigranten sei der Gedanke der Selbsthilfe in die Tat umzusetzen.

Die Theorie dieses Ordnungsentwurfs harmonisierte allerdings Bestrebungen, die in den realen Gegebenheiten nicht ohne weiteres vereinbar waren. Die politisch gestaltenden Kräfte sahen sich vor die harte Wahl gestellt, entweder die Planwirtschaft beizubehalten oder die Bewirtschaftung zu lockern, was zunächst zu höchst unbequemen Begleiterscheinungen für den Verbraucher führen mußte. Dies zeigte sich vor allem bei der Währungsreform, die Gräben zwischen CDU und SPD, aber auch innerhalb der CDU der britischen Zone aufriß.

111 Über ihn in dieser Frühphase zuletzt: Volkhard *Laitenberger*, Ludwig Erhard. Der Nationalökonom als Politiker, Göttingen, Zürich 1986; ders., Konrad Adenauer und die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 31 (1/1987), 38-44; Udo *Wengst*, Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), 1-52.

112 Allerdings gab es in der eigentlichen Fraktionsarbeit keine „engere Zusammenarbeit“ zwischen Holzapfel und Parteigliederungen (*Salzmann*, CDU/CSU im Wirtschaftsrat, 20-22).

113 Dr. Peter Wilhelm *Haurand*/Halver i. W., Der unternehmende Mensch in der Neuordnung der Wirtschaft. Vortrag auf der Wirtschaftspädagogischen Tagung des Vereins deutscher Diplom-Handelslehrer im Hause der Eisenhüttenleute in Düsseldorf 30. 8. 1947, S. 5, 7, 6 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 63).

Die Nachwirkungen eines auf den Staat rekurrierenden Versorgungs- und planwirtschaftlichen Denkens waren im Jahr 1948 noch auf vielen Ebenen deutlich spürbar. Holzapfel wurde von Institutionen und Firmen mit Kreditwünschen und Bitten um Zuteilungen reichlich eingedeckt. Kleine Sparer fürchteten um ihre geringes Vermögen; Flüchtlinge und Vertriebene forderten zur Kompensierung der durch die Währungsreform zu erwartenden Verluste die Vorziehung des Lastenausgleichs.<sup>114</sup> Ein „Westdeutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.“ suchte Holzapfel unter dem Vorwand der Sozialen Marktwirtschaft für die Wiederbelebung der Kontrolle des Wirtschaftslebens durch Verbände zu erwärmen. Franz Etzel<sup>115</sup> aus Duisburg hat Holzapfel vor der Förderung solcher Tendenzen gewarnt. Die Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel, Landesverband Nordrhein-Westfalen,<sup>116</sup> erhob Einspruch gegen das vom Wirtschaftsrat verabschiedete Gewerbezulassungsgesetz, das Gewerbefreiheit vorsehe, und berief sich dagegen auf die Großhandelsschutzanordnung von 1940.

Durch die Währungsreform sahen sich auch die Landesverbände Rheinland und Westfalen betroffen. Johannes Albers, Repräsentant des sozialen Flügels des Landesverbands Rheinland, telegraphierte an die „CDU CSU Fraktion Jagdschloß Niederwald“, daß die Preiserhöhung sich „öffentlich katastrophal“ auswirke, und signalisierte, daß angesichts der Verschlechterung der Stimmung der Wählerschaft die „christliche Arbeiterschaft“ ihre Mitarbeit versagen wolle.<sup>117</sup> Im geschäftsführenden Vorstand des Landesverbands Westfalen-Lippe erhob sich Kritik am Kurs der CDU/CSU im Wirtschaftsrat.<sup>118</sup> Die Präsenzprobleme des Gremiums hingen wohl auch damit zusammen.<sup>119</sup> Der gewiß loyale Paul Steup gab Ende Juli 1948 in einem seiner Rundschreiben den Parteimitgliedern bekannt, daß das Steigen der Preise die Abführung von Spenden und Beiträgen sehr erschwere: „Die Währungsreform hat nicht nur die finanzielle Grundlage unserer Kreisparteien zerstört, sie hat sich auch für die Finanzierung der Landesgeschäftsstelle verheerend ausgewirkt.“<sup>120</sup> Maria Sevenich, als CDU-Frau im niedersäch-

114 F. Holzapfel an A. Schwickerath, Herford 3. 12. 1947 (ebd., 278, 313).

115 An F. Holzapfel, Duisburg 24. 4. 1949 (ebd., 278, 65).

116 An F. Holzapfel, Düsseldorf 30. 7. 1948. Das neue Gesetz öffne den Zugang „für ungeeignete und unzuverlässige Elemente in Industrie, Groß- und Einzelhandel“ (ebd., 278, 310); vgl. *Salzmann*, CDU/CSU im Wirtschaftsrat, 227 (16. 6. 1948).

117 Telegramm vom 25. 9. 1948, 13.25 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 256).

118 Niederschrift über die Tagung der Geschäftsführenden Vorstände von Nordrhein-Westfalen am 7. 8. 1947, 10.00 im Rathausaal von Recklinghausen (ebd., 278, 256).

119 Wie Anm. 57. Im Mai 1948 wurde ein Kreisparteitag in Detmold wegen der „Krisensituation“ abgeblasen. Josef Keller, CDU Land Lippe, an F. Holzapfel, Hans Erich Stier, Paul Steup und an Bezirksgeschäftsstelle CDU Herford, Detmold 27. 5. 1947 (ebd., 278, 139).

120 Paul Steup, CDU für die Provinz Westfalen, Landesgeschäftsstelle, Rundschreiben Nr. 85, 30. 7. 1948 (ebd., 278, 256). Große Befürchtungen Adenauers: Konrad Adenauer an F. Holzapfel, 22. 6. 1948. Hans Peter *Mensing* (Bearb.), Adenauer Briefe 1947-1949 (Adenauer Rhöndorfer Ausgabe), Berlin 1984, 266.

sisch-westfälischen Raum wohlbekannt und mit rhetorischen Talenten reich gesegnet, verkündete in der „Hannoverschen Presse“, daß die CDU im Frankfurter Wirtschaftsrat „die bis dahin ängstlich verborgengehaltenen Pläne ihrer eigentlichen Führungsschicht (der Schuh-, Ofen- und Bürstenfabrikanten, der Finanz- und Schwerindustrie) mit Erfolg durchgesetzt“ habe: „die freie Marktwirtschaft ist erreicht und das Fiasko von Preis und Lohn; zum Nutzen einer kleinen Parasitenschicht und zum Schaden des Normalverdieners“.<sup>121</sup>

In der Tat hat Holzapfel Ludwig Erhards Linie der Sozialen Marktwirtschaft mit durchgefochten, hierzu seinen Einfluß im Landesverband und in der Zonen-CDU genutzt und auch die Entscheidungen der CDU/CSU-Fraktion gegen andersgerichtete Absichten des Länderrats zur Geltung gebracht. Doch war er kein Vertreter von Kapitalinteressen. Ihm erschien im Rückblick die Zeit um 1945 als Periode der Besinnung und Einkehr, in der wirtschaftliche Maßstäbe noch keine so beherrschende Rolle gespielt hätten wie in Zeiten des Wirtschaftswunders. Vertreter einer Politik der Mitte, mit Erfahrungen im Erwerbs- und Verbandsleben ausgestattet, in seiner Heimat angesehen, machte er sich die pragmatische und grundsatzorientierte Politik der Sozialen Marktwirtschaft zu eigen. Dies wurde ihm durch seine mittelständische Orientierung erleichtert. Kleine Eigentümer konnten sich mit ihren Sorgen an ihn wenden. Holzapfel kümmerte sich 1948 um die Wiederaufnahme deutscher Seeliniendienste über Antwerpen. Er wurde Mitglied des Landesausschusses Nordrhein-Westfalen des Deutschen Volksheimstättenwerks, das mittels Bau- und Bodenreform Siedlungsstätten schaffen wollte.<sup>122</sup> Er nahm sich der Volkswagensparer an. 1945 hatte deren Vermögen in Höhe von 282 Millionen RM „unangetastet auf einem Sonderkonto der DAF bei der Bank der Deutschen Arbeit“ gelegen,<sup>123</sup> während das VW-Werk unter eine von englischer Besatzung abhängige Treuhänderschaft gelangt war. Adenauer suchte bei Holzapfel Rat über Geschichte und Wesen der Bausparkassen.<sup>124</sup>

Für die Vermittlung der über Erhards Wirtschaftspolitik erstrebten „neuen sozialen Ordnung“<sup>125</sup> hat Holzapfel sich von 1947 bis 1950 eingesetzt. Er trat beim

121 M. *Sevenich*, Sammlung für die Großverdiener. Kapitalistische Interessenpolitik unter christlicher Tarnkappe, in: Hannoversche Presse v. 25. 1. 1949 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 313). Maria Sevenich hatte vorher vertrauliche Briefe mit Holzapfel gewechselt.

122 Ebd., 278, 64.

123 Hermann Pünder an F. Holzapfel, Frankfurt a. M. 18. 5. 1949 (ebd., 278, 64). Die Interessengemeinschaft der VW-Sparer e. V., Bad Tölz, hatte sich an Holzapfel gewandt.

124 Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot an Adenauer, 2. 2. 1950 (ebd., 278, 311). Danach gab es erste Bausparkassen in England 1781, USA 1831, in Deutschland 1924 (Wüstenrot). Holzapfel war Carola Adenauer auch bei Beschaffung einer Miele-Waschmaschine behilflich (ebd., 278, 145).

125 Westfalenzeitung Nr. 138 v. 17. 6. 1950 (wie Anm. 53); Postwurfsendung Holzapfels als Kandidat des Wahlkreises Höxter-Warburg-Büren, „Es geht um Deutschland!“ (ebd., 278, 326).

Bielefelder Arbeitgeberbund für die Währungsreform ein,<sup>126</sup> referierte über das Thema vor Hamburger Wirtschaftskreisen,<sup>127</sup> behandelte es auf Wahlveranstaltungen.<sup>128</sup> Der Redner plädierte für die nach dem Marshall-Plan notwendig gewordene Umstellung der deutschen Wirtschaft von der bloßen Ernährungsfunktion auf Produktion und Export, für die „Zusammenarbeit zwischen Arbeit und Kapital“. Wenn die CDU gegen die Machtzusammenballung in Konzernen sei, müsse sie sich auch gegen die „Zusammenballung der Macht in den Händen der Gewerkschaften“ wenden.<sup>129</sup>

Das Echo war zunächst gespalten. Unter den Bauern im Kreise Höxter, sonst treuen CDU-Wählern, lösten Erhards Bemühungen zur Freigabe des Exports Unruhe aus. Kreise der Wirtschaft begrüßten die Aufhebung der Bewirtschaftung, weil dadurch die Schwarzarbeit eingedämmt würde.<sup>130</sup> Die Volkswirtschaftliche Gesellschaft e. V. bekundete Bereitschaft, am Konzept der Sozialen Marktwirtschaft mitzuwirken. Die Beendigung der Demontagen, höhere Rohstoffeinfuhren, Steigerung der Exportbemühungen, Schaffung von Institutionen zur „Kreditgewährung für Investitionszwecke“ und Verbesserung der heimischen Rohstoffherstellung erschienen ihr erstrebenswert; dagegen versprach sie, die „Gebote des ordentlichen Kaufmannes“ zu erfüllen, eine „gewissenhafte Kalkulation“ vorzunehmen und sich der Typisierung und Standardisierung der Verbrauchsgüter zu widmen, um den „sozialen Bedürfnissen entgegenzukommen“.<sup>131</sup>

Doch die Lage blieb zunächst gespannt. Die langen Jahre nationalsozialistischer Zwangswirtschaft hatten vielen deutschen Firmen die Regeln einer normalen Betriebsführung fremd werden lassen. Auf dem Höhepunkt der Krise hielt Robert Pferdenges die „starke Propagierung der CDU-Wirtschaftspolitik“ für „unbedingt erforderlich“. Er erklärte die auch bei einer Weiterführung des bisherigen Systems unausbleiblichen Preissteigerungen mit dem Wegfall der Subventionen und legte Holzapfel nahe, gegenüber der Propaganda der SPD auf das zweifellos gesteigerte Warenangebot und den Produktionsanstieg nach der Währungsreform und nach der Teilaufhebung der Bewirtschaftung hinzuweisen.<sup>132</sup>

126 Ebd., 278, 310; Industrie- und Handelskammer Bielefeld an F. Holzapfel, Bielefeld 23. 3. 1948 (ebd.).

127 Diese standen nicht unbedingt der CDU nahe. Holzapfel referierte am 16. 7. 1948 über „Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform“ (ebd. 278, 139).

128 Einsätze in Lemgo, Gladbeck, Warburg, Detmold und an weiteren Orten zwischen Mainz und Schleswig.

129 Westfalenzeitung Nr. 138 v. 17. 6. 1950 (wie Anm. 53), Postwurfsendung (wie Anm. 125).

130 Verband der Spirituosenhersteller in Westfalen und Lippe, Unna 12. 8. 1948; Zentralverband der Destillateure in der britischen Zone (gez. Emil Underberg) an Direktor des Wirtschaftsrats, 9. 8. 1948 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 311).

131 Kühl, Geschäftsführer der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft e. V., an Holzapfel, Hamburg-Altona 23. 10. 1948 (ebd., 278, 64).

132 Robert Pferdenges an F. Holzapfel, Köln 24. 9. 1948 (ebd., 278, 256).

Wesentlich war, daß der Kurs der Sozialen Marktwirtschaft in der Partei durchgesetzt werden konnte. Dies lag zum einen daran, daß Adenauer in Holzapfel, den er auch vertraulicher Nachrichten würdigte,<sup>133</sup> einen Rückhalt gewann und daß sonst keine grundlegende Opposition im Landesverband erwuchs. Zum anderen ist das Vorgehen der Zentrale, Adenauers Zusammenspiel mit Holzapfel, durch die mangelnde Dichte der parteipolitischen Beziehungen und Bindungen erleichtert worden. Zwar erhob der geschäftsführende Vorstand den Anspruch, aus den Reihen des Landesverbands in der Parteiarbeit vor Ort bewährte Mitglieder auch in die parlamentarischen Gremien zu bringen oder zumindest gewisse hier überwiegende soziale Vorstellungen, etwa des Arbeiterflügels der früheren Zentrumspartei, dort zur Geltung zu bringen. Adenauer hielt indes an erprobten Schlüsselfiguren fest, suchte Mitarbeiter nach Sachkompetenz aus und verwies die entstehende Funktionärschicht auf ihre Parteiarbeit vor Ort, wo es genug zu tun gab.<sup>134</sup> Die doppelte Front gegen die SPD und das neue Zentrum war zu halten, die dauernden Wahlen verlangten beständige Anstrengungen, und die Gewinnung evangelischer Abgeordneter und Mitglieder stellte ein bedrängendes Dauerproblem dar. Im Jahr 1949 erfüllte sich die Hoffnung auf die Stabilisierung der Parteifinanzen.<sup>135</sup> Das „Westfälische Monatsblatt“, das eine Auflage von 100 000 anvisiert hatte, nahm einen Aufschwung.<sup>136</sup> Die durch den ersten Bundestagswahlkampf ausgelöste Polarisierung und unterschiedliche Auffassungen in Fragen der Außen- und Kulturpolitik verstärkten die Differenzen zur SPD. Ein Jahr nach der Währungsreform richtete Paul Steup gleichsam eine Ergebnisadresse an „Erhard und alle Beteiligten, daß sie das deutsche Volk vor dem Hungertode bewahrt haben“ ... „Wir kennen die Lebensnot des Volkes, aber wir wissen auch, daß niemand zur Zwangs- oder Planwirtschaft zurück will, nicht einmal der vernünftige Teil der SPD.“<sup>137</sup>

133 Max H. Freih. v. Gumppenberg an Konrad Adenauer, 30. 1. 1948 (Kopie, Holzapfel übersandt); Konrad Adenauer an F. Holzapfel, Rhöndorf 27. 4. 1948 „vertraulich!“, über Konkurrenz Erich Köhlers (ebd., 278, 145; Druck in: *Mensing*, Adenauer Briefe 1947-1949, 221f.).

134 Johannes Gronowski an Lambert Lensing, Bad Driburg 13. 6. 1948 (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 256); Niederschrift über Tagung der Geschäftsführenden Vorstände am 7. 8. 1947 (wie Anm. 118), über die Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands am 3. 5. 1947 (wie Anm. 71); vgl. Anm. 112.

135 Paul Steup, CDU für die Provinz Westfalen, Landesgeschäftsstelle, Rundschreiben Nr. 84, Dortmund 5. 7. 1948, hoffte auf die Freigebigkeit „weite(r) Kreise des industriellen und kaufmännischen Mittelstandes“, die „bereits gute Einnahmen in D Mark gehabt“ hätten, und veranlaßte eine Spendenaktion (mit 10% Provision für den Sammler) (BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 256).

136 Vogt, CDU Kreis Minden, an F. Holzapfel, Minden 31. 10. 1949 (ebd., 278, 257); vgl. CDU Westfalen, Landesgeschäftsstelle, Rundschreiben Nr. 101 an die Kreisgeschäftsstellen der CDU, Dortmund 3. 11. 1948 (ebd., 278, 256); Mitglieder zahlten laut Vorläufiger Satzung der CDP von 1945 0,50 RM, am 31. 7. 1948 0,10 DM für das „Monatsblatt“, das nach der Währungsreform nur wenige Abbestellungen zu verzeichnen gehabt habe.

137 Paul Steup, Niederschrift des Parteitages v. 2. 7. 1949, Dortmund 6. 7. 1949 (und Zeitungsausschnitt) (ebd., 278, 257). Außerdem: Angriffe auf die CDU wie im Kulturkampf; „wir wissen, daß Stalin mitten in Deutschland steht“.

### *Schlußbemerkung*

Regionale Parteigeschichte bietet einen Zugang zur allgemeinen Geschichte der Nachkriegszeit. Das gilt auch für das Problem von Kontinuität und Neubeginn, das sich in der traditionell differenzierten politischen Landschaft der ehemals preußischen Provinz Westfalen auf spezifische Weise stellt. Auf die in vieler Hinsicht vorbereitete Selbständigkeit Westfalens im Rahmen der nun zu einem Bundesland zusammengefaßten früheren preußischen Westprovinzen haben unionsorientierte Kreise positiven Einfluß genommen, während Sozialdemokraten einen mehr der nationalen und preußischen Tradition nahestehenden Standpunkt vertraten. Dabei spielten konfessionelle Gesichtspunkte insofern mit, als Sozialdemokraten eine breitere, ganz Norddeutschland umfassende Landesbildung befürworteten, christliche Demokraten hingegen eine Neutralisierung ehemals zur Sozialdemokratie tendierender, protestantischer Landesteile Rheinlands und Westfalens durch Zusammenlegung mit dem überwiegend katholischen linksrheinischen Gebiet für vorteilhafter hielten.

1. Was die dramatis personae der Frühgeschichte der „Westfälischen Union“ betrifft, so kam ein absoluter Neubeginn nicht in Betracht. Gerade wegen des von der Besatzungsmacht geforderten Aufbaus der Demokratie verdankte die CDP/CDU einer in der Weimarer Republik groß gewordenen Politikergeneration ihr Leben. Diese wollte indes nicht da anfangen, wo sie 1933 aufgehört hatte. Das einschneidende Erlebnis der nationalsozialistischen Herrschaft, die auch protestantischen Demokraten, Christlich-Sozialen und Deutschnationalen Bedrängnis und Verfolgung gebracht hatte, ließ eine Parteineugründung als ratsam erscheinen.

2. Die Gründung der interkonfessionellen Partei bedeutete für die ehemaligen Zentrumsmitglieder, von denen sie mehrheitlich getragen wurde, daß sie eine bewährte und vertraut gewordene Tradition aufgeben mußten. Aber die Erfahrung, einer Minderheitspartei angehört zu haben, die den Untergang der Republik nicht hatte abwenden können, sowie die zu erwartende mangelnde Akzeptanz einer Zentrumswiedergründung bei der jüngeren Generation bewogen sie zu diesem Schritt. Ehemalige Sympathisanten und Angehörige des Zentrums (Caspar Schulte) betrachteten allerdings die Parteineugründung als zeitgemäße Abwandlung und Weiterentwicklung bewährter Ideen. Der prinzipiell reflektierte totalitäre Irrweg des Nationalsozialismus sowie das Bedürfnis, die geistige und materielle Not der ersten Nachkriegszeit zu bewältigen und neuen Herausforderungen zu begegnen, bewegten die Unionsgründer dazu, für die neue Demokratie ideelle Gemeinsamkeiten und Grundlagen zu fordern, die dem Materialismus und Nihilismus des untergegangenen Systems und diesem verwandter Ideologien abschworen. Die Organisation des westfälischen Landesverbands entwickelte sich gut. Das Konzept einer Gliederung nach Landesverbänden war historisch vorbereitet und wurde von den Mitgliedern und Wählern angenommen.

3. Das überkonfessionelle Programm ließ sich nur unter Schwierigkeiten realisieren, obwohl es bei den Wahlen durchdrang. Viele Vorbehalte mußten vor allem beim evangelischen Bevölkerungsteil überwunden werden. In der Parteiarbeit und Mitgliedschaft waren die Katholiken, die aus einleuchtenden Gründen um manchmal überproportionale Berücksichtigung protestantischer Funktions- und Mandatsträger bemüht waren, als „erste Jünger der CDU“ überrepräsentiert.<sup>138</sup> Die in der CDU mitarbeitenden Protestanten rangten sich zu der ebenfalls ihrer Tradition widersprechenden Entscheidung durch, aus einem gemeinsamen Fundus religiöser Überzeugungen und Gesinnungen (partei-)politisches Leben zu gestalten. Um problematische Überschneidungen und Zuordnungen zu meiden, bot sich vor allem die Berufung auf ein gemeinsames christliches Kulturerbe an. Der entscheidende Anstoß zu überkonfessioneller politischer Zusammenarbeit rührte aus der Erfahrung her, daß gegenüber dem Nationalsozialismus Christen beider Konfessionen ihren Glauben unter Opfern hatten bezeugen müssen. Nun wurde die Verpflichtung empfunden, durch positive Gestaltung einer demokratischen Zukunft das unheilvolle Erbe des nationalsozialistischen Regimes zu überwinden und jedem Rückfall in die Unfreiheit zuvorkommen. Auch für Westfalen gilt, daß die Unionsgründung nicht dem Legendenbild eines allumfassenden sog. demokratischen Antifaschismus der Stunde Null einzugliedern ist, sondern daß in ihr spezifische politische Traditionen wirksam blieben und mit der Berufung auf das „christliche Sittengesetz“ und den Anti-Materialismus eine Position bezogen wurde, die sich prinzipiell von den „Linksparteien“ unterschied.<sup>139</sup>

4. Die Lösung von der Zentrumsvergangenheit war leichter programmatisch verkündet als praktisch realisiert. Was man an evangelischen Wählern und Mitgliedern gewann, konnte man an Katholiken verlieren. Die Auseinandersetzung mit jenen traditionsbewußten Kräften, die sich vom früheren Zentrum trotz der Zerschlagung des Katholizismus durch den Nationalsozialismus und trotz der Aufrufe der alten Zentrumsführer Brüning, Adenauer, Gronowski, Lensing, Carl Bachem<sup>140</sup> und anderer nicht lösen wollten, nahm in Westfalen teils erbitterte Formen an. Im entscheidenden Punkt kreiste sie um die Bewertung der zeitgeschichtlichen Erfahrung. Das neugegründete Zentrum verweigerte sich der Schlußfolgerung, daß in Verantwortung für Staat und Gesellschaft ein neues Parteiensystem, verschieden von der Parteienzersplitterung der Weimarer Republik, geschaffen werden müsse und daß die existentielle Erfahrung der Verfolgung durch den Nationalsozialismus zum Ausgangspunkt gemeinsamer politischer Arbeit der bekennnistreuen Christen beider Konfessionen sowie liberaler und konservativer Kräfte gemacht werden müsse. Das Verhältnis der CDU zum

138 Siehe oben Anm. 75; *Heitzer*, 741.

139 *Schulte*, Zwei Parteien im christlichen Deutschland.

140 Rolf *Kiefer*, Karl Bachem 1858-1945, Politiker und Historiker des Zentrums, Mainz 1989, 250, 114; siehe unten Anhang 3.

Zentrum war allerdings zonenweit „von Anfang an durch starke Integrationsbemühungen gekennzeichnet“.<sup>141</sup>

5. Die Aufhebung der Bewirtschaftung und die Aufnahme der Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in das Programm der CDU waren wichtige Etappen auf dem Weg zur Übernahme der Bundesverantwortung durch „eine Koalition der nichtmarxistischen Parteien“ (Erich Köhler). Verbunden mit der Währungsreform erregten sie zwar einigen Widerstand in den Landesverbänden Rheinland und Westfalen, wurden aber namentlich vom westfälischen Landesverband mitgetragen, zumal die auch von Adenauer befürchteten Schwierigkeiten der Parteifinanzierung überwunden werden konnten. Als glücklicher Umstand für die Zonenführung der Partei stellte sich dabei heraus, daß die Beziehungen des Vorstandsmitglieds der CDU Westfalens und der Zonen-CDU, Friedrich Holzapfel, zum Mittelstand im überwiegend protestantischen Ostwestfalen die Durchsetzung dieses Kurses im westfälischen Landesverband wesentlich erleichterten. Eigentliche Opposition einer sich früh in der „Westfälischen Union“ regenden Funktionärschicht kam nicht auf, solange der Protestant Holzapfel in der Region für die Vermittlung des neuen Kurses tätig sein und gleichzeitig die freiheitliche Wirtschaftspolitik der CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsrat leitend mitgestalten konnte. Dennoch ist es unzutreffend, einen Gegensatz zwischen dem primär einer sozialen Orientierung treu bleibenden neuen Zentrum und einer sich kapitalistischen Interessen ergebenden CDU, die zu einem „Bürgerblock“ tendiert habe,<sup>142</sup> zu konstruieren. Die neue Wirtschaftspolitik, die im Mittelstand bevorzugt Aufnahmebereitschaft fand, aber dort auch Befürchtungen erregte, war von den Besinnungsanstößen des Jahres 1945 inspiriert und ließ sich einer Politik der Mitte einfügen, die alle Schichten des Volkes ansprach. Zusammen mit anderen Differenzpunkten bewirkten die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Jahres 1948 eine stärkere, sachlich fundierte Polarisierung zwischen den sozialdemokratischen und den christlich-demokratischen und liberalen Kräften des noch ziemlich breiten parteipolitischen Spektrums. Dadurch wuchs die CDU in eine mehr eigenbestimmte Position hinein, die sich von der parteipolitischen Mittelstellung des früheren Zentrums, zwischen starken Strömungen von links und von rechts die Balance zu halten, wesentlich unterschied. Der Erfolg der marktwirtschaftlichen Orientierung hing auch mit dem 1948 erreichten Entwicklungsstand der CDU der britischen Zone zusammen. Deren Leitung vermochte nicht nur einen Führungsanspruch gegenüber den Landesparteien der anderen drei Zonen zu erheben.<sup>143</sup> Sie setzte sich auch innerhalb der „Westfälischen Union“ mit unpopulären Entscheidungen rasch durch, wobei dem Zusammenspiel Adenauers mit einem protestantischen Mittelständler konservativer, christ-

141 Heitzer, 752.

142 Schmidt, Zentrum oder CDU, 180, 182, 193, 349f.

143 Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945-1953, 48.

lich-sozialer Vergangenheit und Prägung die geschilderte Bedeutung zukam. Die Durchsetzung der neuen Wirtschaftspolitik bestätigte den unifizierenden Zug, der von der Unionsgründung in Westfalen insgesamt ausgegangen war. Solche Vereinheitlichungstendenzen bedeuteten ein Novum angesichts des vielgestaltigeren politischen Lebens, das vor 1933 in der Provinz geherrscht hatte. Diese Komplexität Westfalens hatte sich allerdings auch daraus erklärt, daß die staatlichen Machtfaktoren und Schwerpunkte aus preußischer Tradition im Osten Deutschlands gelegen hatten. Die ihnen nach einem beispiellosen Umbruch zufallende Verantwortung haben die CDU der britischen Zone und Westfalen-Lippes entschlossen wahrgenommen, ohne einer rückwärtsgerichteten Romantik zu verfallen.

*Anhang*

## 1

Entschließung der Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei.

ACDP. Randvermerk: „Text von Dr. Kannengießler, in Bochum [2. 9. 1945] von Dr. K. vorgelesen.“

Unser deutsches Vaterland ist durch die wahnwitzige und verderbliche Gewaltpolitik des Nationalsozialismus in den Abgrund gestürzt worden. Unermeßliches Leid ist über uns armes, gequältes Volk, über Europa und die Welt gekommen.

In der tiefsten Not und Erniedrigung, erfüllt von dem Schmerz um viele Millionen, die eine satanische Führung in einen schrecklichen Tod getrieben hat, in der Sorge um Unzählige, die ihren Familien entrissen wurden, inmitten der Trümmer der zerstörten Städte und Dörfer rufen wir unser deutsches Volk auf, nicht zu verzagen und zu verzweifeln, sondern die harte und mühsame Arbeit aufzunehmen zur Wiedererringung von Leben, Heimat und Ehre.

Der Weg zu einem neuen Leben kann nur der einer echten Demokratie sein, in der das ganze Volk sich zu einer Notgemeinschaft zusammenfindet, beseelt von Opfergeist und Verständigungsbereitschaft, einig in dem Willen, die Not gemeinsam zu tragen und zu überwinden. So muß eine Zusammenarbeit auf breitester Front zustande kommen, über Weltanschauung und Parteirichtungen hinaus die deutsche Volksgemeinschaft geformt werden. Das ist der Geist einer gesunden Demokratie, die wir als Grundlage der Erneuerung und Rettung unseres Volkes betrachten.

Der völlige Zusammenbruch stellt uns vor Aufgaben, wie sie wohl nie zuvor einem Volke auferlegt waren. In unerschütterlichem Glauben an Gott wollen wir unsere Kräfte für den Wiederaufbau einsetzen. Es ist unser Wunsch und Wille, alle, die auf dem Boden des Christentums stehen, in einer großen Partei zusammenzuschließen, damit die Grundsätze des Christentums das tragende und versöhnende Element unseres staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens werden.

Wir rufen deshalb alle wahrhaft christlich und entschieden sozial denkenden Deutschen auf, sich in der „Christlich-Demokratischen Partei“ zusammenzuschließen.

In dem Bewußtsein einer Entscheidung von historischer Bedeutung werden von jetzt an die maßgebenden christlich und demokratisch eingestellten Kräfte zu gemeinsamer Aufbauarbeit in einer christlichen Volkspartei vereint sein.

Unser Vorbild ist Dr. Heinrich Brüning, dessen völkerversöhnende Politik und dessen echte Aufbauarbeit von den Zerstörern Deutschlands in vermessenem Übermut unterbrochen und zunichte gemacht wurde.

Unsere Grundsätze und Forderungen werden wir in einem Programm bekanntgeben, für das wertvolle Vorarbeit geleistet worden ist.

Wahrheit, Recht und Freiheit sollen die Leitsterne sein.

In dieser schwersten Prüfung unseres Vaterlandes bekennen wir uns in Treue zu unserem Deutschtum. Wir wollen alles daransetzen, bis in friedlicher Arbeit die Ehre unseres Volkes wiederhergestellt ist. Wir erstreben unter bewußter Abkehr von den Mitteln der Gewalt und den Verirrungen der Vergangenheit eine friedliche Zusammenarbeit mit den freien Völkern der Erde.

Beim Aufbau eines neuen deutschen Staates werden wir alles daransetzen, die deutsche Einheit unter Anerkennung eines gesunden Föderalismus zu wahren.

Das Rechtsbewußtsein und die so schwer geschädigte Rechtssicherheit müssen wiederhergestellt werden.

Die geistige und kulturelle Erneuerung unseres Volkes ist eine Hauptaufgabe, Ehrfurcht vor Gott und Achtung vor den Mitmenschen die Grundlage. Wir fordern eine Schule, in der die christliche Erziehung der Kinder unter Berücksichtigung des Rechtes der Eltern und der Kirche gewährleistet ist.

Soziale Gerechtigkeit muß die Grundlage für das deutsche Wirtschaftsleben werden. Wir erstreben den Ausgleich der Interessen auf dem Fundament der christlichen Gerechtigkeit und Nächstenliebe.

In einer trotz aller Not gerecht und sozial aufgebauten Volkswirtschaft wird der Arbeiter sich endlich als mitschaffendes wichtiges Glied einer Gesellschaftsordnung fühlen, die den Wert der Arbeit über alles stellt. Ein leistungsfähiger Bauern- und Mittelstand, ein unbestechliches, volksverbundenes Beamtentum muß die Grundlage eines gesunden Volkslebens werden. In unserer neuen deutschen Demokratie darf es keinen Raum mehr geben für Standesdünkel und Anmaßung.

Die harten Maßnahmen und Opfer, die uns der Aufbau unseres zerstörten Staats- und Wirtschaftslebens auferlegt, wollen wir als tapfere Männer und Frauen ertragen.

Wir wenden uns besonders an die junge Generation, deren Not wir kennen. Wir erwarten, daß sie den Gemeinschaftssinn voranstellt, wie sie es in den schweren Kriegsjahren getan hat, in denen sie Übermenschliches geleistet hat. Die Jugend vor allem ist durch den Nationalsozialismus belogen und um alles betrogen worden. Möge sie aus tiefster christlicher Überzeugung, getragen von unzerstörbarer jugendlicher Kraft, in unseren Reihen mitarbeiten beim Neuaufbau unseres Lebens!

Die Christlich-Demokratische Partei ruft auf zur Einigkeit. Fort mit aller Zersplitterung in kleine Gruppen und Parteien! Fort mit Schlagworten und vergifteter Agitation! Wir wollen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen.

Die Not ist zu groß und die Gefahr des Unterganges bedroht uns alle. Wir wollen mit unserer Arbeit in christlich-demokratischem Geiste dem ganzen Volk dienen.

Laßt uns einig sein in unserer Not!

Laßt uns durch die Not werden: ein Volk!

## 2

Vorläufiges Programm der Christlich-Demokratischen Partei Westfalen.

ACDP.

Wir bekennen uns zur Demokratie, das heißt zur Ablehnung jeder Diktatur und zur Herrschaft des Volkes. Dieses Bekenntnis ist vorbehaltlos und ohne Einschränkung. Wir wollen mit den anderen Parteien, die sich zur Demokratie bekennen, loyal zusammenarbeiten. Der Kampf der Parteien gegeneinander soll, soweit es an uns liegt, nicht wiederkommen. Er war ein wesentlicher Grund für das Zurmachtwerden des Nationalsozialismus.

Die geistige Würde des Menschen anerkennen wir. Der Mensch wird gewertet als selbstverantwortliche Person, nicht als bloßer Teil der Gemeinschaft. Das Recht des Einzelnen hört aber da auf, wo es die Gemeinschaft gefährdet. Die Familie ist die Grundlage der sozialen Lebensauffassung.

Wir fordern ein öffentliches Leben, das sich frei hält von Lüge und Rassenverhetzung, und eine verantwortungsbewußte Presse mit dem Willen zur Wahrheit als oberstes Gesetz. Das Recht muß wieder die Grundlage des öffentlichen Lebens werden. Die Unabhängigkeit des Richters und der gerechte Gang des Rechtes ist wieder herzustellen. Die Gerichtsbarkeit ist nicht an Parteien oder Interessen gebunden. Alle sind vor dem Gesetze gleich.

Jeder Deutsche hat das Recht, seine Meinung in Wort und Schrift im Rahmen der bestehenden Gesetze frei zu äußern.

Alle religiösen Bekenntnisse sind frei in ihrer öffentlichen Betätigung. Kirche und Staat müssen sich gegenseitig achten und ehren. Die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums müssen in der Gestaltung und Führung des Staates zum Ausdruck kommen. Das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung der Kinder ist die Grundlage der Schule. Die Schule muß die christliche Erziehung der Kinder gewährleisten.

Das Recht auf Eigentum wird gewährleistet. Die Eigentumsverhältnisse werden nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit und den Erfordernissen des Gemeinwohles geordnet. Durch gerechten Güterausgleich und soziale Lohngestaltung soll es dem Nichtbesitzenden ermöglicht werden, zu Eigentum zu kommen. Das Gemeineigentum darf so weit erweitert werden, wie das Allgemeinwohl es erfordert. Post, Eisenbahn und Energieerzeugung sind grundsätzlich Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes. Das Bank- und Versicherungswesen unterliegt der staatlichen Kontrolle.

Das Ziel der Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes auf der Grundlage einer freien körperschaftlichen Selbstverwaltung. Die Vorherrschaft des Großkapitals, der privaten Monopole und Konzerne ist zu brechen. Privatinitiative und Eigenverantwortlichkeit werden erhalten. Mittel- und Kleinbetriebe werden gefördert und vermehrt.

Die menschliche Arbeit wird gewertet als sittliche Leistung, nicht aber als bloße Ware. Im Zuge einer großangelegten Arbeitsbeschaffung ist die Beteiligung aller Arbeitswilligen am Aufbau des deutschen Lebensraumes zu ermöglichen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden tariflich geregelt. Der erwachsene arbeitende Mensch hat Anspruch auf einen Lohn, der ihm die Gründung und Erhaltung einer Familie ermöglicht. Die Leistungen der Sozialversicherung bleiben erhalten. Der Aufbau der Gewerkschaften und der sonstigen Berufsvertretungen ist zu sichern.

Ein kräftiger Bauernstand ist die Grundlage eines gesunden Volkslebens. Durch planmäßige Pflege aller Zweige der Landwirtschaft ist die Erzeugung zu heben und die Ernährung unseres Volkes zu sichern. Durch eine großzügige Innensiedlung ist die Zahl der selbständigen Bauernhöfe und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe zu vermehren.

Das Handwerk ist ein selbständiger und gleichberechtigter Berufsstand neben Industrie, Landwirtschaft und Handel. Das handwerkliche Genossenschaftswesen wird gefördert. Die handwerkliche Selbstverwaltung bleibt erhalten.

Die nach der Katastrophe des Hitlerregimes in besonderem Ausmaß wachsenden Lasten sind nach sozialen Gesichtspunkten gerecht zu verteilen. Die Kriegsschäden sind als gemeinsame Last auf das ganze Volk umzulegen. Ihre Regulierung darf nur nach Maßgabe des Vermögens und des Einkommens des Einzelnen erfolgen. Die für den Krieg und seine Verlängerung Verantwortlichen sind von der Entschädigung auszuschließen. Ihr Vermögen ist zu Gunsten der Geschädigten einzuziehen. Die Gewinne der nationalsozialistischen Konjunkturzeit und die Kriegsgewinne sind durch besondere Steuern zu erfassen.

Die zerstörten Städte und Dörfer werden wieder aufgebaut, der vorhandene Wohnraum wird bewirtschaftet. Durch ein großzügiges Bauprogramm wird neuer Wohnraum geschaffen. Das Eigenheim wird gefördert, unzulängliche Behelfsheime sind zu vermeiden.

Alle Formen des öffentlichen Gemeinschaftslebens kommen aus der Demokratie. Ein Mißbrauch der Demokratie, vor allem zu nichtdemokratischen Zwecken, wird nicht geduldet. Der Staat schützt sich und seine Einrichtungen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln.

Das Parlament ist auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts zu wählen.

Das öffentliche Leben und die gesamte Wirtschaft ist von unzuverlässigen Elementen zu säubern. Ein staatsfreudiges Berufsbeamtentum ist wieder herzustellen.

Die Grundlage der deutschen Außenpolitik ist die Achtung fremden Volkstums und die treue Innehaltung der Verträge. Es muß Gemeingut des ganzen Volkes werden, daß die Politik der Gewalt und des Krieges nicht nur eine

Versündigung am eigenen Vaterland, sondern auch ein Verbrechen an der Menschheit ist. Deutschland muß führend sein in der Verwirklichung der Sehnsucht der Völker nach einem ewigen Frieden.

## 3

Johannes Gronowski an Leo Schwering, Driburg 27. 12. 1945

(Or. handschr.)

HStAK, 1193, Nachlaß Leo Schwering, 169/2

Nun ist die Verbindung wieder hergestellt. Ihr Brief vom 17. d. M. war schon am 23. hier; ein herzlicher Weihnachtsbrief, über den ich mich gefreut habe, und für den ich recht herzlich danke. Bis zum Dreikönigsfest sind bei mir keine Versammlungen angemeldet, und nun kann ich meine Briefschulden begleichen. Der erste Gläubiger, der bedacht wird, sind Sie! Wie froh bin ich, daß Sie lebend und gesund aus den Klauen der preußischen Mongolen gerettet worden sind. Ja, Ihre Frau und Kinder haben in jener Zeit ganz bestimmt ebensoviel gelitten wie Sie selbst. „Laß Freud und Wonne mich erfahren, laß jubeln mich, der ich zerschlagen war!“ Der Psalmist hat dieses Wort auch für Sie geschrieben. Wäre ich 10 Jahre jünger, dann käme ich bald nach Köln, und dann würde der Gedankenaustausch kein Ende nehmen.

Wie Sie aus meinem Brief an Lensing entnommen haben, war ich im Münsterlande und auch in Burgsteinfurt bei Carl Bachem. Drei Tage später war er in der Ewigkeit. Sein Tod war ein friedliches Einschlafen. Seine Frau schrieb mir, daß er große Freude über meinen Besuch hatte und er am 11. d. M. so still zum Vater dort droben ging, daß sie nichts merkte und erst später, als sie sich um ihn bemühte, bemerkte, daß er bereits tot sei. Den beiliegenden Totenzettel hat er vor 2 Jahren selbst geschrieben. Seine Lebensuhr stand plötzlich still. Vielleicht war Carl Bachem der letzte von der alten Garde? Oder lebt Mönning noch? Ja, mein Lieber, ich habe manchen Führer von uns gehen sehen: mit Dr. Ernst Lieber 1902 fing es an. Es war am 31. März 1902, als Dr. Carl Bachem mit vielen Rheinischen Abgeordneten in Montabaur einzog, um dem Nachfolger Windthorst's den letzten Dank zu sagen. Alles packte mich: ich war jung, begeisterungsfähig, und lauschte als 28jähriger auf jedes Wort, das zu Ehren Dr. Lieber's gesprochen wurde. Viele tapfere Kämpfer folgten ihm. – Doch halt, das sind keine Weihnachtsgedanken. – Am 1. Feiertag war Hermes mit Frau bei mir; nur kurze Zeit. Er wollte nach Köln. Ich nehme an, daß er auch bei Ihnen war und seine Sorgen dort ab lud. In Frankfurt soll nochmals ein Treffen stattfinden? Hermes ist in Berlin abgehalfert. Jacob Kaiser ist sein prov[isorischer] Nachfolger. Wir im Westen wollen solche Erschütterungen nicht erleben, auch nicht viel [Gedöhns] um Leute wie H. z. B. Nein wir arbeiten planmäßig und freudig weiter! Nicht für

uns persönlich, sondern für die Aufrechten, für die Bekenner, für die Dulder und für alle Mitmenschen mit anständiger Gesinnung und sauberen Gründen. Unsere Kinder werden von uns sagen: „Vater hat mehr als seine Pflicht getan.“ Wir sind, lieber Schwering, darin einig.

Hier in Driburg habe ich endlich ein Heim gefunden. Die letzten drei Jahre möchte ich nicht noch einmal durchleben. Aber nun kann ich wieder kämpfen, und wenns der Herrgott will, an der Seite alter, treuer Gesinnungsgenossen und Freunde. Bleiben Sie gesund, alter Freund und Kollege, und tragen Sie das neue Banner tapfer vorwärts.

## 4

Johannes Gronowski an Leo Schwering, Driburg-Westf., Alleestr. 13, 11. 4. 1946  
(Or. masch.schr.)  
HStAK, 1193, Nachlaß Leo Schwering, 169/3

Als alter Fuhrmann sollten Sie mir statt Glück, Ihre herzlichste Teilnahme aussprechen. Sie haben doch das dornenvolle Amt als Provinzialvorsitzender kennengelernt. Aber ich weiss ja, wie es gemeint ist, und darum meinen herzlichsten Dank. Wenn alte Freunde und Kämpfer sich gegenseitig die Hand drücken, dann öffnet sich irgendwo so'ne ganz kleine Himmelstür für uns. Wäre ich zehn Jahre jünger, dann würde ich auch im Rheinland noch Reden übernehmen. Aber so muss ich mich mit 72 Jahren darauf beschränken, die mir aufgebürdete Arbeit in Westfalen zu erledigen.

Ihre Ausführungen über Sozialismus aller Schattierungen sind für mich äusserst interessant und lehrreich. Mein Geschmack ist es nicht, Maikäfer zu sammeln und Haare zu spalten. Wir reden und schreiben heutzutage viel zu viel von Sozialismus, Demokratie, Reaktion u. a. Dingen. Mir fehlt die Neigung, auf all' diese Schlagworte einzugehen. Lassen wir den gesunden politischen Verstand walten! Wir wollen einig und opferbereit sein, kämpfen und arbeiten! Und vor allen Dingen: wir wollen nicht eitel und ehrgeizig werden. Auch dies ist ein Programm, wertvoller als Rederei und Schreiberei über theoretische Dinge. In meinen Versammlungen warne ich immer vor den 150%igen Demokraten. Die besten Brüder sind das nicht. Unter Demokratie verstehe ich die selbstlose Arbeit und Hingabe für die Brüder und Mitmenschen, die uns anvertraut sind. Aus den jüngeren akademischen Kreisen werden mir grosse Entwürfe geschickt, 20 bis 30 Seiten voll geschrieben, Programme, Leitsätze und ähnliche Dinge. Was soll ich damit anfangen? Unser Volk ist krank, schwer verwundet, ohne Grenzen und ohne frohen Ausblick auf die Zukunft. In einer solchen Zeit kann man nicht mit „tiefgreifenden“ Auseinandersetzungen dem Volke kommen. Brot, Arbeit, Maschinen und Material, baldige Einsetzung einer Zentralregierung und andere

Forderungen, die auf der Schwelle stehen, die zu erfüllen oder wenigstens zu befürworten, das muss zunächst unsere Aufgabe sein. Sie haben schon recht: es wäre gut, könnten wir uns darüber aussprechen. Adenauer kenne ich von der politischen Seite zu wenig, um zu wissen, wie er die Werbearbeit einschätzt und leiten will. Aber am 24. April soll in Rietberg oder Neuenkirchen eine Vertretertagung der ganzen englischen Zone stattfinden, dort werde ich von ihm Näheres hören. Und vom 17. bis 19. Mai tagt in Recklinghausen unser erster Parteitag. Ein paar Druckzeilen wird unsere Presse ja wohl darüber bringen. So, das ist genug über Politik.

Sie sind aus der Withasestr. in die Fürst Pücklerstr. gerückt. Soll das bedeuten, dass Sie höher herauf gerückt sind? Aber mein Lieber, wie kommen Sie zu einem Furunkel, das Sie wochenlang quält? Auf jeden Fall wünsche ich Ihnen restlose Besserung und möglichst schnell. Das ist auch ein Kapitel, das uns drückt. Es liegt nicht nur an der Ernährung sondern auch an dem Mangel von Heilmitteln. Der Herrgott hat mir im Verhältnis zu anderen Kollegen und Kameraden noch eine gute Gesundheit geschenkt, und die kann man schliesslich auf für das Gesamtwohl opfern (!). Ich wohne in Driburg in einer kleinen aber freundlichen Wohnung. Selbstverständlich ist in einem kleinen Ort der Knatsch und Tratsch viel lebendiger als in der Grosstadt. Aber damit muss ich mich abfinden.

Wenn ich auch Köln nicht geliebt habe, so hoffe ich doch, Sie dort mal aufsuchen zu können. Gott gebe es!

## 5

Johannes Gronowski an Leo Schwering, Driburg-Westf., Alleestr. 13, 18. 7. 1946  
(Or. masch.schr.)  
HStAK, 1193, Nachlaß Leo Schwering, 169/4

Ihr Brief vom 21. v. Mts. liegt immer noch in der „Tagesmappe“ unbeantwortet. Das sind die Folgen der CDU-Arbeit. Zunächst mal recht herzlichen Dank für Ihre Namenstagswünsche. Ich weiss, wie gut Sie es meinen und darum danke ich Ihnen besonders herzlich. Der Namenstag selbst ist *geräuschlos* verlaufen. Wer hat noch Neigung, Feste zu feiern?

Dass ich im Provinzialrat und Fraktionsvorsitzender bin und auch bis auf weiteres die Partei für Westfalen leite, das alles wissen Sie ja. Obgleich ich mich an Arbeit und am Kampf niemals im Leben vorbeigedrückt habe, wollte ich dieses Mal nicht mitmachen. Die letzten Jahre hatten mir doch stark zugesetzt. Aber nun geht es Gott sei Dank besser. Bis Mitte September ist jeder Sonntag mit ein oder zwei Versammlungen belegt, selbstverständlich auch Wochentage. Dann kommen noch die vielen Sitzungen hinzu. Na, Sie kennen ja das ganze Gebiet ebenso gut wie ich.

Was mir in der Gegenwart nicht gefällt, ist das viele Reden über Demokratie, ohne dass wir sie haben. Eine Demokratie ohne Selbstverwaltung und ohne Selbstregierung ist die Fortsetzung der Diktatur. Vielleicht sind das Gedanken des Freiherrn v. Stein, dessen lebensgroßes Bild ich elf Jahre in meinem Amtszimmer angeschaut und dessen handschriftlichen Briefe und Aktenvermerke ich persönlich gelesen habe, bevor sie ins Archiv kamen. Jetzt ist leider ein erheblicher Teil vernichtet worden. Freiherr v. Stein war ein adliger Demokrat, manchmal etwas eigensinnig, aber nicht eitel wie der alte Fincke(!). So, nun bin ich schon wieder mitten drin in der Geschichte! Aber so soll es wohl sein. Solange die Jugend sich zurückhält und unverbrauchte Kräfte fehlen, lautet die Parole: ran an die Front!

Gestern kam ich von Münster heim. In der Hauptausschuss-Sitzung des Provinzialrates wurde uns eröffnet, dass der Kontrollrat in Hamburg beschlossen hat, Rheinland und Westfalen zusammenzulegen. Lippe-Detmold kommt nach Hannover. Der Sitz der Regierung soll Düsseldorf sein. Sie als Kölner werden natürlich gemeinsam mit Adenauer lieber Köln als Sitz wünschen – geht nicht! Die Westfalen sind hinten runter gefallen. Ich bin sogar darüber betrübt, dass die 6 Millionen-Provinz an den kleinen Restbestand vom Rheinland angehängt wird. Aber wozu diese Grübelei? Ich bin der Meinung, dass wir uns das Leben nicht unnötig schwer machen sollen. Unsern politischen Verstand walten lassen und für das Gesamtwohl arbeiten, und niemals auf Dank und Anerkennung rechnen! Sie scheinen ja ein besseres Leben anfangen zu wollen? Nicht mehr in der Treitmühle des Alltags sein? Ja, Sie sind ja in der Freiheit dressiert, und können nun durch guten Rat Ihren Freunden und Gesinnungsgenossen manche Freude bereiten. Bachem hat recht, in unserm Lager ist wirklich zu wenig notiert worden – von den einflussreichen Männern. Selbst von Windthorst's Leben wissen wir recht wenig. Sittard erzählte mir mal, dass er Windthorst herzlich gebeten habe, ein paar Gedanken zu diktieren. Er wolle stenografieren und ihm alles vorlegen. Er brauche gar keine besondere Zeit dafür anzusetzen, Sittard wollte zu jeder Stunde kommen, sogar im Eisenbahnzug schreiben. Aber Windthorst konnte sich nicht entschließen. In diesem Zusammenhang fällt mir ein, was mal der Freiherr v. Stein dem Oberbürgermeister Hüffer von Münster gesagt hat. Hüffer: „Exellenz, warum schreiben Sie keine Erinnerungen aus Ihrem wechselvollen, reichen Leben, der Verlust dieser Gedanken ist unersetzlich.“ Freiherr v. Stein erwiderte: „Wenn ich meine Erlebnisse niederschreiben wollte, dann würden die Menschen erfahren, wieviel Schweinhunde es mehr auf der Welt gibt.“ Das ist etwas derb, aber es wird wohl richtig sein. – Trotzallem freue ich mich über Ihr Tagebuch, obgleich ich es nicht kenne. Dasselbe kann ich allerdings nicht von Dr. Hess sagen. Was er auch geschrieben haben mag, mir fehlt das Vertrauen zu seiner Objektivität und zwar deshalb, weil er keine Selbstzucht kannte. Aber lassen wir ihn ruhen im Frieden! – *Spiecker* ist für mich erledigt. Er bekommt es fertig zu schreiben: „Brüning gehört zu den Wenigen, die auszubürgern das Naziregime nicht für notwendig hielt.“ Da kommt mir der Ausdruck für alles Ekelhafte hoch:

Pfui! Im übrigen habe ich in den letzten 10 Monaten beobachtet, dass das Zentrümchen Jahrgang 1945 seine Hauptstärke in der persönlichen Kampfweise sucht, besonders in Westfalen. In Telgte und Rinkerode waren in der vorigen Woche Versammlungen, die würdelos verlaufen sind. Brockmann beschimpfte Stegerwald in Osnabrück, und seine Helfer – darunter auch Helene Wessel – machen tapfer mit. Trotzdem bringt das Zentrum keine ordentliche Versammlung auf die Beine. Die Spaltpilze und Quertreiber besuchen deshalb unsere Versammlungen und tragen den Zuhörern in unsern grossen Kundgebungen ihr Sprüchlein vor. Ich habe mich entschlossen, damit Schluss zu machen. Toleranz und Freiheitsliebe dürfen nicht missbraucht werden. Worte und Taten dieser Herrschaften erinnern mich an die Zeit vor 40 Jahren, in der die Freidenker und andere Gegner dieselben Töne anschlugen in den Versammlungen des Volksvereins. Schilling, Brockmann, Wessel und Genossen schänden den Namen des alten Zentrums durch ihr Verhalten. Aber Schluss damit.

Schicken Sie mir mal ein paar Bürstenabzüge von Ihrem Tagebuch. Aber bitte recht bald, vielleicht lerne ich noch etwas daraus.

So, mein Lieber, das sollte nun ein Dankesbrief sein für Ihre Namenstagswünsche. Danach sieht diese Schreibung nicht aus.

## 6

Johannes Gronowski an Leo Schwering, Driburg-Westf., Alleestr. 13, 22. 9. 1946  
(Or. masch.schr.)

HStAK, 1193, Nachlaß Leo Schwering, 169/5

Gestern habe ich telegrafisch und schriftlich bei der Firma Troschel 500 Stück von der Broschüre über die Entstehung der CDU bestellt. Selbstverständlich habe ich mich auf unsere Freundschaft berufen. Morgen haben wir in Hamm Provinzial-Vorstandssitzung, dort werde ich bekannt machen, dass Sie die Broschüre geschrieben und ich sie bestellt habe. Die Westfalen werden schon zugreifen. Aber Sie müssen dafür sorgen, dass die neue Auflage erheblich grösser wird. *Spiecker* hat für ein schmutziges Flugblatt, *Papier für 1 Million Auflage gehabt*. Ueberhaupt werden SPD, KPD u. Neues Zentrum nach meiner Ueberzeugung in der Papierbelieferung viel wohlwollender behandelt als wir. Hoffentlich dauert dieser Zustand nicht allzu lange.

Wie es bei uns in Westfalen aussieht, das kann Ihnen die gleichzeitig mitgeschickte Zeitung sagen. Für mich ist es erstaunlich, dass Sie von der Liste ähnlich wie Severing gestrichen worden sind. Was habt Ihr Kerle eigentlich verbrochen?

Eine Einladung zur Eröffnung des sogenannten Landtags ist noch nicht erfolgt. Vorher gehe ich noch ins Sieger- und Wittgensteiner Land und halte dort vier Reden. Inzwischen wird wohl Amelunxen die Einladung fertig haben. Bevor Sie

das zweite Buch über die CDU schreiben, müssen Sie auch den Briefwechsel lesen, den ich mit ihm hatte. Für Aufzeichnungen von Lebensbildern habe ich nie die geringste Neigung gehabt. Davon wird die Menschheit und die Welt nicht besser. Aber ich will's mir trotzdem überlegen; sobald die CDU in dem neuen verbundenen Staat eine *einheitliche* Leitung haben wird, und ich dann von allen ehrenamtlichen Aemtern entbunden sein werde. Alsdann fange ich an.

Im übrigen freue ich mich trotz aller Hindernisse auf ein baldiges Wiedersehen.

## 7

Johannes Gronowski an Leo Schwering, Driburg-Westf., Alleestr. 13, 18. 10. 1946  
(Or. masch.schr.)

HStAK, 1193, Nachlaß Leo Schwering, 169/6

Endlich ist die Wahl vorüber, und alte Postschulden können beglichen werden. Zunächst wollen wir uns beide freuen, dass die Wahlen so günstig ausgefallen sind. Die Spaltpilze haben noch am Tage vor der Wahl hier in Westfalen den Mund weit aufgetan und an den Anschlagssäulen in Münster grosse Sprüche ankleben lassen. Aber diese Wichtigtuerei war den Münsteranern doch zu dumm, und dort wo das Zentrum am 15. September einen Sieg errungen hatte, erlebte es am 13. Oktober eine schmachliche Niederlage. Ich bedaure es sehr, dass die *politische* Wahl nicht auch am 13. Oktober war, dann hätten wir heute klare Bahn. Morgen muss ich nach Düsseldorf. Was es dort gibt, weiss ich nicht. Ich kann es nur ahnen.

Kurz vor der Wahl schickte mir der Verlag Troschel 50 Exemplare Ihrer Broschüre. Ich habe postwendend geantwortet, dass ich auf eine weitere Zusendung für dieses Mal verzichte. Denn beim Durchsehen Ihrer Broschüre – die mir sehr gut gefällt – finde ich, dass Westfalen nicht ausreichend behandelt worden ist. Sie haben die Tagung von Lippstadt und die Gründungsversammlung vom 2. September in Bochum und die Konferenz von Oelde ganz fortgelassen. Natürlich haben Sie davon nichts gewusst. Ich werde Herrn Dr. Kannengießler sagen, dass er Ihnen darüber erschöpfendes Material schicken soll. Alsdann hat Ihre Broschüre für uns Westfalen einen besonderen Wert. Mit dieser Regelung können Sie einverstanden sein.

Unser Freund Warsch arbeitet tapfer mit. Am liebsten wäre es mir, wenn wir mal in einer stillen Ecke zusammen schwätzen könnten.

## 8

## Mitglieder und Wahlanteile der CDU in Ostwestfalen 1949/50

BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 254

| Stichtag    | Einw.-Zahl<br>1. 7. 1950 | Mitgl.<br>stand | % zur<br>EW-Zahl | % zur<br>CDU-<br>Wählersch. | CDU  | SPD  | FDP  | Splitter-<br>gruppen | Größte<br>Splitter-<br>gruppe |
|-------------|--------------------------|-----------------|------------------|-----------------------------|------|------|------|----------------------|-------------------------------|
| Bielefeld   | 252 956                  | 461             | 0,2              | 1,1                         | 30,1 | 46,0 | 9,1  | 4,4                  | KPD                           |
| Büren       | 63 494                   | 768             | 1,0              | 6,0                         | 39,5 | 15,4 | 1,2  | 28,7                 | Z                             |
| Detmold     | 138 622                  | 819             | 0,6              | 4,0                         | 30,9 | 34,5 | 10,2 | 10,1                 | Unabh.                        |
| Halle       | 56 699                   | 487             | 0,8              | 4,6                         | 37,6 | 43,0 | 5,9  | 7,5                  | Unabh.                        |
| Herford     | 212 480                  | 1027            | 0,5              | 3,4                         | 28,8 | 45,7 | 6,2  | 6,0                  | Unabh.                        |
| Höxter      | 99 533                   | 1448            | 1,6              | 6,9                         | 41,2 | 19,6 | 5,1  | 20,5                 | Z                             |
| Lemgo       | 133 233                  | 542             | 2,5              | 3,0                         | 27,1 | 39,5 | 13,3 | 9,6                  | Unabh.                        |
| Lübbecke    | 80 117                   | 479             | 1,9              | 3,0                         | 43,9 | 37,6 | 5,3  | 9,2                  | Unabh.                        |
| Minden      | 181 870                  | 1813            | 1,0              | 5,9                         | 35,6 | 43,6 | 7,0  | 6,2                  | KPD                           |
| Paderborn   | 111 723                  | 863             | 0,8              | 3,9                         | 42,3 | 17,4 | 2,6  | 27,0                 | Z                             |
| Warburg     | 51 264                   | 427             | 0,8              | 4,0                         | 39,9 | 12,3 | 1,9  | 26,6                 | Z                             |
| Wiedenbrück | 128 375                  | 973             | 0,7              | 3,3                         | 45,8 | 24,6 | 4,9  | 14,2                 | Z                             |
|             | 1 510 366                | 10 107          | 1,1              | 4,2                         | 39,7 | 26,6 | 4,4  |                      |                               |

## 9

Mitglieder und Wahlanteile der vier westfälischen CDU-Bezirke  
(Bundestagswahlen 1949)

BA, Nachlaß F. Holzapfel, 278, 254

|                      | Einwohner-Zahl<br>1. 7. 1950 | Mitgliederstand<br>1. 7. 1950 | % zur<br>EW-Zahl | % zur CDU-<br>Wählerschaft | CDU  | SPD  | FDP |
|----------------------|------------------------------|-------------------------------|------------------|----------------------------|------|------|-----|
| 1. Industriegebiet   | 2 920 090                    | 37 784                        | 1,4              | 8,2                        | 31,7 | 38,5 | 7,4 |
| 2. Ostwestfalen      | 1 510 366                    | 10 107                        | 1,1              | 4,2                        | 39,7 | 26,6 | 4,4 |
| 3. Münsterland       | 1 082 703                    | 18 569                        | 1,6              | 9,4                        | 38,8 | 20,6 | 4,4 |
| 4. Sieger-/Sauerland | 958 717                      | 11 539                        | 1,2              | 6,6                        | 42,4 | 25,2 | 7,5 |
|                      | 6 471 876                    | 77 999                        | 1,3              | 7,1                        | 36,9 | 31,4 | 8,6 |